

AUFTRAG

ISSN 1866-0843

VERBANDSZEITSCHRIFT

Gemeinschaft Katholischer Soldaten

02.2022 | Heft 312

CHANCEN

Interview zur Flutkatastrophe im Ahrtal: „Trauer ist ein Prozess, der Kraft braucht“

Flucht und Migration

Europa beweist, eine andere Fluchtpolitik ist möglich

Utopien

Die Kraft der Schwarzmalerei

Schwerpunktthema 2022

Digitalisierung: YouTube – Ein Lernmedium?

Die NATO und der Krieg in der Ukraine

Begegnung
auf dem Katholikentag mit
Bundeskanzler
Olaf Scholz

„AUFTRAG“ ist die Verbandszeitschrift der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

HERAUSGEBER:

Gemeinschaft Katholischer Soldaten
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de

REDAKTION:

Verantwortliche Redakteurin:
Nadin Schley V. i. S. d. P.

TITELFOTO:

Shutterstock

ZUSCHRIFTEN:

Redaktion AUFTRAG
Am Weidendamm 2
10117 Berlin
redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:

GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18
BIC: GENODED1PAX

LAYOUT:

Editorial Publishing Berlin e. K.
Eberhard-Roters-Platz 14
10965 Berlin

DRUCK:

Buch- und Offsetdruckerei
H. Heenemann GmbH & Co. KG
Bessemersstraße 83 – 91
D - 12103 Berlin

REDAKTIONSSCHLUSS:

10. Juni 2022

AUFTRAG 312/August 2022

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten unseren **AUFTRAG 312** in Ihren Händen. In der Ukraine herrscht immer noch Krieg und ein Ende ist nicht in Sicht. In vielen unterschiedlichen Veranstaltungen der vergangenen Wochen und Monate konnte ich diese Ratlosigkeit, Ohnmacht und Wut der Menschen auch bei uns hautnah spüren. Der Krieg vor unserer Haustür beschäftigt die Menschen in unserem Land, in unserer Kirche und natürlich auch uns in der GKS. Patentlösungen gibt es keine! Ratlos und suchend stehen die Menschen vor dieser Situation, die wir vor dem 24. Februar dieses Jahres für Europa wahrscheinlich fast alle für ausgeschlossen gehalten haben. Alles in uns drängt danach, den Menschen in der Ukraine, die Opfer dieses völkerrechtswidrigen Angriffs sind, zu helfen. Aber wie?

Die Antworten könnten nicht unterschiedlicher sein: Sie reichen von der Forderung nach Kapitulation, um weiteres Blutvergießen und unsägliches Leid zu verhindern, bis hin zur Forderung nach der Lieferung schwerer Waffen und Geräte an die Ukraine, um diese in ihrem Kampf gegen die russische Armee zu unterstützen. Das NATO-Bündnis hat die Anträge auf eine Mitgliedschaft von Schweden und Finnland angenommen. Beide Staaten haben damit ihre neutrale Position zwischen den Bündnissen aufgegeben. Aber war diese Entscheidung beider Antragsstaaten auch wirklich politisch gewollt oder stellt sie nur das kleinere Übel dar, um bei einem möglichen Angriff Russlands auf ihr Staatsgebiet unter dem Schirm der NATO geschützt zu bleiben? Was bringen beide Staaten ein in das NATO-Bündnis? Die Forderungen der USA nach mehr finanzieller Unterstützung hat zumindest in Ländern wie Deutschland zu einer veränderten Politik geführt. Ist das finanziell, von der notwendigen raschen Beschaffung und hinsichtlich der personellen Aufstockung überhaupt zu stemmen?

Hart und zum Teil hoch emotional werden die Diskussionen geführt. Es ist ein echtes, ehrliches Ringen um den



Oberstleutnant Ulrich Schäffer
Bundesvorsitzender der GKS

Foto: Ulrich Schäffer

richtigen Weg mit sehr unterschiedlichen, zum Teil unvereinbaren Lösungsvorschlägen und Antworten. Der Riss geht dabei mitten durch unsere Gesellschaft, durch die Parteien, aber auch durch unsere Kirche. Die Heftigkeit der Auseinandersetzung resultiert dabei nicht nur aus den schrecklichen Bildern und Nachrichten, die uns täglich aus der Ukraine erreichen. Sie resultiert auch daraus, dass der Krieg in der Ukraine eine Bedeutung hat, die weit über dieses Land hinausgeht und – egal wie es ausgeht – Auswirkungen haben wird, die überall auf der Welt ihre Spuren hinterlassen.

Nicht zuletzt betrifft uns dieser Krieg so massiv, weil er uns existenzielle Fragen vor Augen führt und ihre Auswirkungen bereits jetzt in unserem Land zu spüren sind, etwa in steigenden Preisen und der berechtigten Sorge vor Energieknappheit und den Folgen.

Wir haben diesem Heft sehr bewusst den Titel „Chancen“ gegeben, denn gerade Krisen eröffnen immer auch Möglichkeiten. Einige wollen wir Ihnen in diesem Heft vorstellen. Hören wir nicht auf, um Frieden für die Ukraine zu beten! Aber lassen Sie uns auch nicht aufhören, gemeinsam um Antworten auf die vielen Herausforderungen unserer Zeit zu ringen, Chancen zu erarbeiten und diese dann auch zu ergreifen.

Ihr Ulrich Schäffer



Flucht und Migration
Gleiche Menschen,
gleiche Rechte?

22

GKS-Meldungen

- 06 Aktuelle Meldungen aus dem Verbands-
leben der GKS
- 09 Begegnungen auf dem Katholikentag

Titelthemen

- 16 Ein Jahr danach: Die Flutkatastrophe im Ahrtal
- 18 Interview: „Trauer ist ein Prozess,
der Kraft braucht“
- 20 Nachhaltigkeit: Was, wenn sich Starkregen
nutzbar machen ließe?
- 22 Flucht und Migration: Gleiche Menschen,
gleiche Rechte?
- 24 Eine andere Fluchtpolitik ist möglich!
- 29 Europa zeigt Geflüchteten zwei Gesichter
- 32 Utopien: Die Kraft der Schwarzmalerei
- 34 Schwerpunktthema 2022: Digitalisierung –
YouTube – Ein Lernmedium?
- 38 Die NATO und der Krieg in der Ukraine

Weitere Rubriken

- 3 Editorial
- 12 Panorama
- 14 Wort des Geistlichen Beirats
- 44 Medien/Buchempfehlung
- 47 Vorschau



Verbandsleben

Begegnungen auf dem
Katholikentag

08



Sicherheitspolitik

Die NATO und der
Krieg in der Ukraine

38

GKS-Ummendorf

Feldgottesdienst auf dem Ummendorfer Kreuzberg

Am Donnerstag den 30.06.2022 feierte die Gemeinschaft Katholischer Soldaten Ummendorf (GKS) unter Leitung von Oberstabsfeldwebel Achim Seepold einen ökumenischen Feldgottesdienst zum Thema „Glaube“ auf dem Ummendorfer Kreuzberg. Die Soldaten und zivilen Mitarbeiter*innen des InstZ 12 pilgerten bei sonnigem Wetter von der Kaserne aus durch die Gemeinde auf den zwei Kilometer entfernten Kreuzberg. Die feierliche und musikalische Begleitung des Gottesdienstes wurde durch Beschäftigte des InstZ 12 gestaltet. Der Feldgottesdienst fand viel Zuspruch unter den Kameraden, zivilen Angestellten und Gemeindemitglieder*innen. Im Anschluss versammelten sich die Kameraden und zivilen Mitarbeiter*innen zu einer kleinen Stärkung in der UHG ein.



Texte: GKS-Redaktion
Fotos: GKS



Prävention und Datenschutz Bereichskonferenz Süd

„Herzlich Willkommen zur Bereichskonferenz Süd“ – hieß es vom 6. bis 8. Mai 2022 in Steingaden. Neben dem Austausch, was in den letzten Wochen und Monaten in den einzelnen Kreisen aus dem Süden sowie auf der Bundesebene geschah, stand die Planung von neuen und spannenden Projekten auf der Agenda für das Wochenende. Als weiterer Tagesordnungspunkt stand Prävention und Datenschutz auf dem Programm.



Perspektiven für die Ukraine Themenwochenende des Kreises Freyung im Kloster Kostenz

Endlich war es soweit! – Nach einer langen Coronapause fand ein Themenwochenende des GKS-Kreises Freyung vom 27. Mai bis zum 29. Mai 2022 im Kloster Kostenz statt, welches mit der herrlichen Lage und einer Vielfalt an Freizeitgestaltungsmöglichkeiten verwöhnte. Peter Bauch stand als Referent zum Thema „Ukraine“ zur Verfügung. Der aktuelle Krieg in der Ukraine lässt sich nur aus der Geschichte heraus verstehen. So begann der Referent in den 1990er-Jahren und gemeinsam arbeitete man sich bis zur aktuellen Situation und den denkbaren Perspektiven für den Krieg voran. Alle Anwesenden zeigten großes Interesse und tiefe Betroffenheit, die das gesamte Wochenende prägten.



Meldungen Krieg in Europa Themenwochenende des Kreises Ingolstadt



Der Kreis Ingolstadt führt vom 06.-08. Mai 2022 ein Themenwochenende durch, das unter dem Titel „Es ist wieder Krieg in Europa“ stand. 30 Personen folgten der Einladung. Als Referent für dieses komplexe Thema wurde in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung der Politikwissenschaftler, Berater und Dozent Peter Bauch (M. A.) gewonnen werden. Auch hier reichte der betrachtete Zeitraum ca. 30 Jahre zurück bis zum Fall des Eisernen Vorhangs. Nach diesem historischen Einstieg lenkte der den Blick auf die deutsche Russlandpolitik und hier insbes. auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Auch die Rolle der Kirche in der Ukraine und Russland wurde ausführlich beleuchtet.

Wahlen im Bereich West Oberstleutnant M. Nickolaus wird Nachfolger von Oberstleutnant U.Schäffer

Die Bereichskonferenz West stand im Zeichen der Wahlen zum Bereichsvorstand. Mit Oberstleutnant Michael Nickolaus betrat als Nachfolger von Oberstleutnant Ulrich Schäffer ein „alter“ Hase die Kommandantenbrücke im Bereich West. Ihm zur Seite steht als Stellvertreter Oberstleutnant Frank Nowak. Den Vorstand vervollständigen die Stellvertreter Hauptmann Christoph König und Obermaat Jörg Ziegler, der zugleich das Amt des Bereichsgeschäftsführers übernahm. Wir wünschen dem Vorstand eine glückliche Hand und viel Freude und Erfolg bei der Arbeit im und für den Bereich!



OTL Walter Raab am GKS-Stand im Gespräch mit dem Bereichsvorsitzenden Süd Lt. Marcel Rost und Oberst i.R. Manfred Rotter von der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) in Österreich.

Begegnungen auf dem Katholikentag

„Warum sind Sie Soldatin geworden?“

Beitrag Juliana Haberlag, Fotos: GKS



Beherzte Gespräche am Stand der GKS.



Ein „Gruß“ ins Gästebuch, nachdem die Ordensschwestern mit dem Standpersonal einen spontanen Halleluja-Kanon gesungen hatten.

„Die vielen fröhlichen Kloster-schwestern aus aller Welt an unserem Stand – und das spontane gemeinsame Singen eines Kanons – einfach klasse!“

Iris Mellentin, Schatzmeisterin der GKS

solche Gespräche bietet – und tatsächlich wurde die Chance genutzt: „Warum tragen Sie bei dem heißen Wetter dicke Stiefel?“ „Warum sind Sie Soldatin geworden?“ Aber natürlich war das Thema „Soldat – Krieg und Frieden“ durch den

Ukrainekrieg so aktuell wie. „Wie kann denn sowas hier in Europa passieren?“ Ein Gespräch bleibt mir besonders im Gedächtnis: Eine Frau entschuldigte sich bei mir und sagte: „Was haben wir die letzten Jahrzehnte sorglos in Frieden gelebt und dabei nichts dafür getan, dass auch Sie in solch einem Frieden aufwachsen können.“ Das war eines der emotionalsten Gespräche, die ich während der vier Tage in Stuttgart führte. Die Ohnmacht, die seit dem 24. Februar 2022 herrscht, war auf dem Katholikentag in Stuttgart präsent.

Das Wetter verwöhnte uns vier Tage und die Sonne sorgte bei aller Besorgnis für eine fröhliche Stimmung bei allen Beteiligten. Mit dem großen „Don Bosco“-Zirkuszelt hinter unserem GKS-Stand wurde es nicht langweilig. Unser Nachbar war die KAS, an deren Stand wir gemeinsam den Bundeskanzler Olaf Scholz begrüßen durften.

Mit unserer ehemaligen Bundesverteidigungsministerin Frau Kramp-Karrenbauer und Ministerpräsident Kretschmann hatten wir weiteren politischen Besuch. Auch wenn die Zeit streng eingeteilt wurde, war es uns möglich, jedem einige Worte zur Gemeinschaft Katholischer Soldaten und einen Flyer an die Hand zu geben.

Das 5. Gebot halten! – Zusehen, wie andere getötet werden?

Das Thema unseres Werkstattgespräches war provokativ formuliert. Es zeigte das Dilemma, in dem sich Soldat*innen als gläubige Christen wiederfinden. Überraschend waren die Beteiligung und das Interesse an dieser Podiumsdiskussion. Der 100 Personen fassende Raum war gefüllt, als die drei Akteure, der Geistliche Beirat für die GKS auf Bundesebene, Herr Militärdekan Bernd Schaller, Oberstleutnant Stephan Konz und Oberstleutnant Martin Rose, die Diskussion eröffneten. Nach einer Einführung wurde das Wort dem Publikum erteilt. >>

Zugegeben, mir war etwas mulmig, als unsere Bundesgeschäftsführerin mich Anfang des Jahres ansprach, ob ich auf dem Katholikentag in Stuttgart am Stand der GKS mit unterstützen könnte.

Einerseits war ich bisher auf nur einem Katholikentag gewesen und hatte somit wenige Vorstellungen, was mich erwarten würde. Andererseits hatte ich aber konkrete Vorahnungen, was mich auf einem „kirchlichen Event“ als Soldatin in Uniform zwischen diversen Friedensaktivist*innen erwarten würde. Es kam anders als gedacht!

Die Amtshilfeinsätze in der Flüchtlingskrise und im Ahrtal sowie die unzähligen Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit der COVID-Pandemie haben dazu geführt, dass Soldat*innen in der Bevölkerung stärker wahrgenommen werden. Was wir aber abseits dieser Amtshilfe leisten, auch gerade mit Blick auf die Auslandseinsätze und die einsatzgleichen Verpflichtungen, ist in der Öffentlichkeit oft nicht bekannt. Das verdeutlichen die geführten Gespräche mit den unterschiedlichsten Menschen auf dem Katholikentag. Nicht immer handelten die Gespräche von friedensethischen Themen, sondern auch von grundsätzlichen Fragen zum Soldatenberuf.

In Uniform unterwegs zu sein war wichtig, weil das Tragen der Uniform im öffentlichen Raum zugleich die Möglichkeit für

„Katholikenrat, GKS und AKS – gemeinsam unterwegs zu sein ist immer wieder mit viel Freude und Dankbarkeit verbunden. Und nicht zu vergessen: unsere Militäreseelsorge.“

Marcel Rost, OL Vorsitzender Bereich Süd

„Ich bewundere, wie die Soldat*innen der GKS dem Mediengewitter standgehalten haben. Mit Überzeugung und in aller Ernsthaftigkeit wurden Fragen beantwortet. Dabei kam der Spaß nicht zu kurz und das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der GKS wurde nachhaltig gestärkt.“

Michael Bomke, FGKS-Mitglied



Im Gespräch mit Bundeskanzler Olaf Scholz am Stand der GKS. Foto: KAS

Die Bundesgeschäftsführerin Regina Bomke im Interview



Wie geht man als Soldat damit um, wenn man einen Menschen töten muss? Kann man sich darauf vorbereiten? Und was passiert, wenn ich es nicht tue?

Aus der Diskussion und den Fragen ergab sich, dass vielen Menschen nicht bewusst ist, dass deutsches Recht für Soldat*innen im Einsatz genauso gilt wie in der Bundesrepublik Deutschland. Der Gebrauch der Schusswaffe kann im Einsatz also nicht leichtfertig geschehen. Jeder tödliche Schuss hat rechtliche Folgen für den Soldaten, der den Schuss abgibt. Erst im nächsten Schritt wird geprüft, ob der Einsatz der Schusswaffe legitim war, um das eigene Leben, das der Kameraden oder von Schutzbefohlenen zu schützen. Das Erstaunlichste während der gesamten Diskussion war, dass ich zu keinem Zeitpunkt das Gefühl hatte, ein Fragender könnte mein Christsein, trotz des Soldatenberufs, infrage stellen. Das war etwas, was ich auf dem Katholikentag mehrfach erwartet hätte.

Den Besuch am Stand von Pax Christi zusammen mit unserer Bundesgeschäftsführerin sah ich im Vorfeld kritisch entgegen. Erst am Vortag hatten Personen vor dem Eingang der Domkirche St. Eberhard, in welcher der Katholische Militärbischof Overbeck seinen Gottesdienst zum Tag der Militärseelsorge hielt, demonstriert. Christ und Soldat sein gehen nicht für alle Mitglieder von Pax Christi zusammen. Im Gespräch wurde aber schnell klar, dass der Ukrainekrieg andere Gesprächsthemen zu diesem Zeitpunkt nicht zuließ. Trotzdem lenkten wir das Gespräch kurz auf die Transparente der Demonstrant*innen vom Vortag und fragten, ob man sich eigentlich vorstellen könne, was es mit uns Soldaten macht, wenn unser Dienst als Parlamentsarmee so kritisch gesehen wird. Die Antwort war, man würde nicht die Soldaten kritisieren, sondern die Politik, welche die Soldaten entsendet.

Die Vermittlung, dass die Streitkräfte „die größte Friedensorganisation Deutschlands“ darstellen – und das bereits seit ihrer Gründung 1955 – diese Erkenntnis traf auf fruchtbaren Boden und machte den Katholikentag zu einem Erlebnis der Extraklasse!“

Rufin Mellentin, OTL Vorsitzender Sachausschuss Sicherheit und Frieden

Meine schönste Begegnung war mit einer Ordensschwester, die den Weg zu unserem Stand fand. Mit gegenseitigem Respekt vor dem Dienst des anderen kamen wir ins Gespräch. Und dann folgte etwas, was ich mir nur auf einem Kirchentag, umgeben von Menschen, die mit Kirche und Glauben in der heutigen Zeit noch etwas anfangen können, vorstellen kann – ein spontaner Halleluja-Kanon, den eine Ordensschwester anstimmte.

Fazit

Jeder hat schon einmal gehört: „Kirche braucht heutzutage kein Mensch mehr!“ Ich wäre den Menschen, die dieser Meinung sind, gerne auf dem Katholikentag begegnet. Die Kirche ist unverzichtbar. Ich bin davon überzeugt, dass es wichtig war, dass wir als Soldat*innen in Uniform in der aktuellen Situation vor Ort waren. Wir haben nicht nur unseren Verband und seine Absichten vertreten, sondern waren auch als Ansprechpartner*innen vor Ort. Und wenn es auch nur einige Hundert waren, die nun ein anderes, vielleicht auch überraschendes Bild von ihren Staatsbürger*innen in Uniform haben, dann hat sich der Einsatz doch gelohnt! ■



Michael Bomke, Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Stellv. Bundesvorsitzende Hauptfeldwebel Juliana Haberlag am Stand der GKS



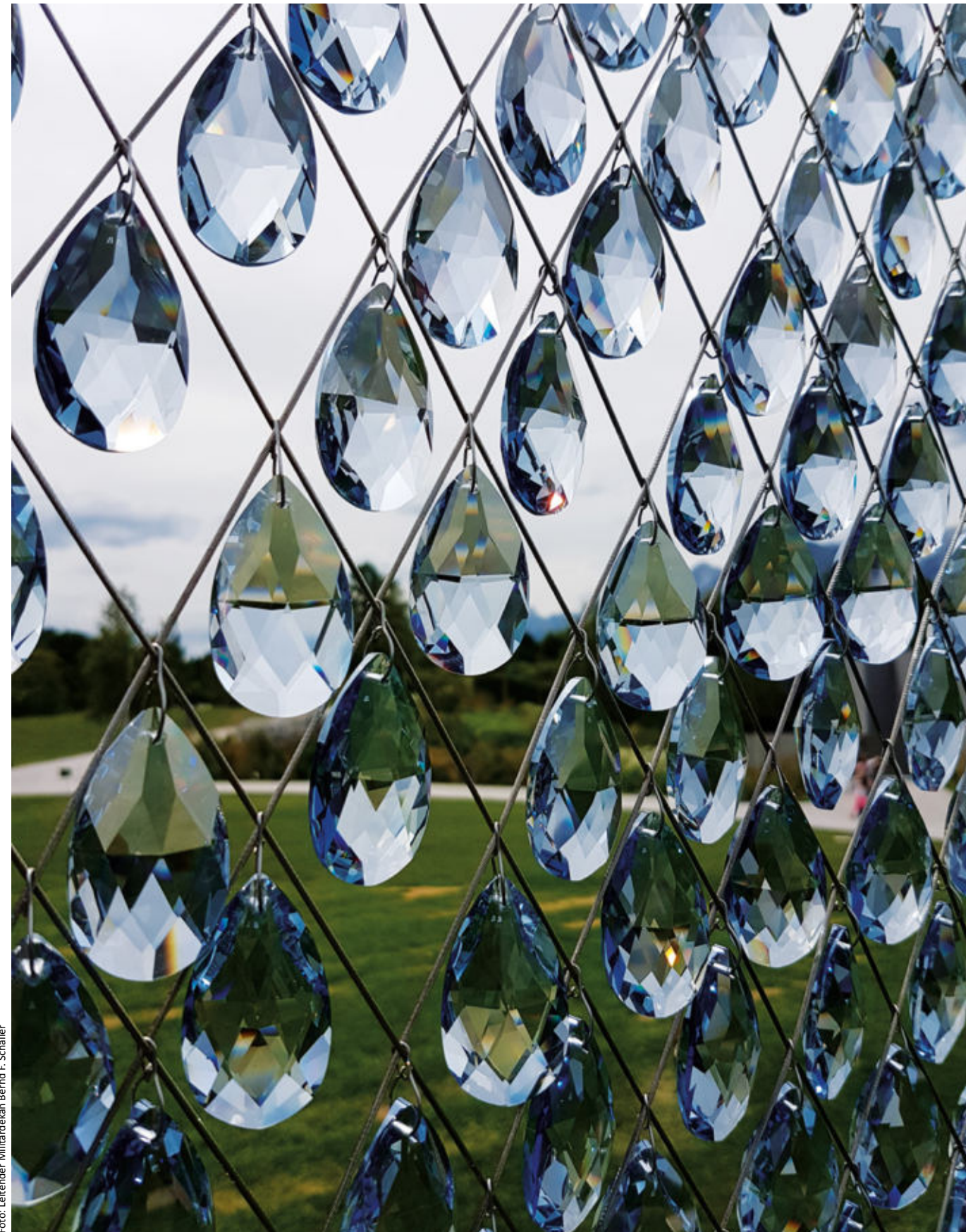


Foto: Leitender Militärdekan Bernd F. Schaller

Das Wort des Geistlichen Beirats

Geradezu inflationär begleitet der Begriff „Chance(n)“ unseren Alltag. Allein oder in Kombination kommt er daher: Chance, Chancengleichheit, chancenlos, Chancengerechtigkeit, chancenreich, Heilungschance, Gewinnchance, Riesenchance, Aufstiegschancen, Zukunftschancen. Die Reihe ließe sich schier endlos fortsetzen. Aber was steckt denn genau hinter der Begrifflichkeit? Der Duden definiert die Chance(n) als „günstige Gelegenheit“, „Möglichkeit, etwas Bestimmtes zu erreichen“, oder „Aussicht auf Erfolg“. Sprachlich wird deutlich, dass es bei der Chance keine Erfolgsgarantie gibt, nichts Zwingendes, das automatisch zum gewünschten oder erhofften Ergebnis führt. Es kann sein, muss es aber nicht! Etwas Weiteres kommt hinzu: Ich muss die Chance erkennen, ein Gespür dafür entwickeln, dass es sich tatsächlich um eine Chance handelt. Damit aus einer Chance etwas werden kann, muss ich aktiv werden, meinen Teil dazu beitragen. Redewendungen wie „Jeder ist seines Glückes Schmied“ oder „Wer wagt, gewinnt“ helfen nicht wirklich. Dabei kommt es noch darauf an, das Richtige zu tun. Dann ist noch nicht garantiert, dass meine Erwartungen erfüllt werden. Es kann also anders kommen als gedacht. Mit der Chance ist folglich auch das Risiko verbunden, dass es schiefgehen kann. Es kommt demnach auf eine Vielzahl von Komponenten an, ob aus einer Chance etwas Reales werden kann. Es drängt sich die Frage auf, ob die Chance wirklich so positiv ist, wie sie die meisten von uns interpretieren. Oder halten wir es eher mit dem in diesem Jahr verstorbenen Schriftsteller, Regisseur und Maler Herbert Achternbusch, der in seinem 1975/1976 entstandenen Film „Atlantischwimmer“ einem seiner Protagonisten die Feststellung „Du hast keine Chance, aber nutze sie!“ in den Mund legt? Apropos Chance(n)! Lassen sich abschließend die Fragen beantworten, wie viele Chancen der Mensch in seinem Leben hat und ob es nach einer verpassten Chance überhaupt noch eine zweite geben kann?

Man könnte sagen, dass das Leben eine einzige große Chance sei, die es wahrzunehmen gilt. Das ist vielleicht aus philosophischer Sicht nicht falsch, kann aber nicht als Lebenshilfe dienen. Es kommt nicht selten darauf an, ob ich etwas als Chance wahrnehme oder nicht. Daraus folgt dann, ob ich handle oder nicht. Chancenverwertung steht also in unmittelbarem Zusammenhang mit Chancenerkennung. Die Zahl der Chancen im Leben eines Menschen ist unweigerlich eine individuelle und nicht zu verallgemeinern.

Die Frage nach einer zweiten Chance bezieht sich unmittelbar auf eine konkrete Lebenssituation und auf ein Gegenüber. Somit ist meine Chance abhängig von der Entscheidung eines



Foto: Biederl/KMBA

Leitender Militärdekan Bernd F. Schaller
Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene

„Wie viele Chancen hat der Mensch in seinem Leben?“

anderen. Hierbei spielt Beziehung eine – im wahrsten Sinne des Wortes – entscheidende Rolle. Wie ist mein Verhältnis zu dem, der mir eine zweite Chance gibt – oder auch nicht? Stehe ich ihm gegenüber in einer großen Abhängigkeit? Nutzt er meine Situation aus, setzt er mich vielleicht unter Druck, stellt Bedingungen?

Als Christ weiß ich, dass Gott mich bedingungslos annimmt, meine Schwächen und Fehler nicht ausnutzt, sondern gerade deshalb eine neue Chance gibt. Diese Erfahrung durfte ich in meinem Leben schon oft machen und sie ist unzählbar!

Im Neuen Testament finden sich viele Beispiele für einen Neuanfang, eine neue Chance. Mir fällt die Begegnung des Zöllners Zachäus mit Jesus ein (Lk 19, 1-10), der darin eine Chance sieht und sie umgehend nutzt.

Petrus verspricht Jesus seine Treue (Joh 13, 37-38) und verleugnet ihn dann (Joh 18, 25-27). Trotzdem vertraut ihm der Auferstandene seine Kirche an (Joh 21, 15-19). Obwohl er immer wieder seine Schwächen und Fehler wahrgenommen hat, sagt er ihm zu, was bis heute in der Kuppel des Petersdomes in Rom zu lesen ist: „Du bist Petrus – der Fels – und auf diesen Felsen werde ich meine Kirche bauen und die Pforten der Unterwelt werden sie nicht überwältigen.“ (Mt 16, 18). Und wer die Lebens- und Glaubensgeschichte des Paulus kennt, seine überraschende Bekehrung zur Kenntnis nimmt (Apg 9, 1-22), der wird Jesus als den „Gott der zweiten Chance“ wahrnehmen und vielleicht erkennen, dass das nicht nur für biblische Gestalten gilt! ■

Ein Jahr danach

Hochwasser im Ahrtal

Von Trauer, Hoffnung –
und Chancen

Im Sommer 2021 brach über das Ahrtal und angrenzende Regionen die Katastrophe herein: Unmengen an Regen ließen die Ahr und ihre Nebenflüsse rasant ansteigen. 135 Menschen nahm die Flut ihr Leben. Seitdem ist ein Jahr vergangen, das Ahrtal immer noch von der verheerenden Flut gezeichnet – doch es gibt sie, die Hoffnung auf einen Neuanfang. >>

Interview

„Trauer ist ein Prozess, der Kraft braucht“

Gottfried Bohl im Gespräch mit Pfarrer Jörg Meyrer

KNA: Pfarrer Meyrer, der erste Jahrestag des Hochwassers steht an. Welche Erinnerungen kommen da bei Ihnen hoch?

Jörg Meyrer: Oje – sehr viele. Am Abend habe ich bei der Feuerwehr geholfen. In der Nacht war an Schlaf nicht zu denken. Auch ins Pfarrhaus kam das Wasser, aber nicht sehr hoch. Als die Sonne dann aufging, habe ich zum ersten Mal den ganzen Dreck und die ersten verheerenden Schäden gesehen. Ich habe Menschen in den Arm genommen und versucht zu trösten. Und wir alle haben das ganze Ausmaß überhaupt noch nicht verstanden. Am Tag habe ich beim Roten Kreuz mitgeholfen, die Leute in Empfang zu nehmen, die eingesammelt wurden, nachdem sie weggespült worden waren. Viele wussten nicht, wo ihre Lieben sind. Manchen reichte es schon, mein Handy benutzen zu können, weil das noch ging und sie ihres verloren hatten in der Nacht. Aber ich habe unter anderem auch einen jungen Mann trösten müssen, der seine Freundin verloren hatte, die die Nacht nicht überlebt hat. Natürlich sind die Bilder alle noch da, die Gespräche, die Begegnungen. Das brennt sich ins Herz, das geht nicht mehr weg.

Wie war das mit Beten am Anfang? Ist das schwierig auch als Priester? Haben Sie auch gezweifelt an einem Gott, der so etwas zulassen kann?

Gezweifelt nicht in dem Sinne. Ich hatte keine Sprache mehr. Alles, was ich sonst gebetet habe – die Psalmen oder das „Vater unser, Dein Wille geschehe“ – das ging nicht. Aber gehadert habe ich eigentlich nicht. Wobei ich gut verstehen kann, dass man mit Gott hadert in so einer Situation.

Wie hat sich das weiter entwickelt?

Die Worte kamen irgendwann wieder, das hat aber eine Weile gedauert. Liebe Menschen haben mir dabei geholfen, indem sie mit mir und für mich gebetet haben. Natürlich konnten wir auch mit den anderen Kolleginnen und Kollegen zusammen Trost spenden und den Menschen helfen.

Wie konkret?

Nicht mit frommen Sprüchen! Zuerst einfach dadurch, dass wir für die Menschen da waren. Da waren manchmal Umarmungen wichtig und vor allem das Zuhören bei den Flutnacht-Geschichten der Menschen vor Ort. Zuhören und da sein – das war wichtig und ist es bis heute.

„

Wir haben spät angefangen, die Flutopfer zu beerdigen

Wie hat sich das Gemeindeleben in dieser Zeit geändert?

Zunächst einmal gab es eigentlich schon kein klassisches Gemeindeleben mehr durch Corona. Und dann waren bei uns auf einen Schlag alle Strukturen weg: Strom, Wasser und etliche Gebäude – und noch schlimmer: viele Menschen. Doch weil das Bedürfnis bei vielen da war, haben wir doch irgendwie und irgendwo Gottesdienst gefeiert an jedem Sonntag. Wir wollten für die Menschen da sein – auch mal mit kleinen Gedenkfeiern, mit Glockenläuten, mit der Möglichkeit, eine Kerze anzuzünden, auch wenn die Kirche nicht mehr stand. Es waren die kleinen Zeichen, die Seelsorge ausgemacht

haben. Bis zu einer auch nur einigermaßen so zu nennenden Normalität ist der Weg noch weit.

Wie schwierig war das Trauern? Hat sich das verändert? Zumal zum Teil auch Friedhöfe kaputt und Gräber weggespült wurden.

Ich glaube, es war lange Zeit kein Platz für Trauer. Schon allein, weil die Katastrophe so gigantisch war und immer noch ist. Wir haben soviel verloren. Seien es Angehörige, die unter dramatischen Umständen gestorben sind, sei es das Hab und Gut oder auch unsere Heimat, die wir verloren haben. Das haben noch nicht alle realisiert. Wir haben erst spät angefangen, die Flutopfer zu beerdigen. Trauer ist ein Prozess, der Kraft braucht. Die muss man erst einmal aufbringen.

Wie sehr hat Sie das Jahr nach dem Hochwasser auch als Mensch verändert?

Es hat mich an Grenzen gebracht und bringt mich noch immer an die Grenzen meiner Kraft, meiner Fähigkeiten und auch meines Glaubens. Verändert hat mich auch die Entscheidung, „Ja“ zu meinem Auftrag zu sagen.

Zu welchem Auftrag?

Bei den Menschen bleiben, ihnen zuhören und helfen, dass unsere Heimat wieder aufgebaut wird.

Auch die Pfarrei?

Keine einfache Frage! Da gibt es mehrere Aspekte: Es wird nichts mehr wie vorher sein – und das gilt für alle Pfarreien in Deutschland schon wegen Corona. Dann die Situation der Kirche insgesamt: Missbrauch, die Vorgänge in Köln, Vertrauenskrise. Darunter leiden wir. Bei uns kommt noch etwas dazu: Wir haben viele zerstörte Gebäude und müssen überlegen, was wir damit machen. Aufbauen wie zuvor? Da war auch nicht alles ideal und gut. Oder gehen wir bewusst neue Wege? Hin zu einer Art neuen Kirche, wie ich mir sie für Deutschland vorstelle, eine Kirche, die näher bei den Menschen ist und mehr auf Mobiles setzt als auf Immobilien.

Was gibt Ihnen Hoffnung für die Menschen im Ahrtal?

Wir werden darüber hinwegkommen, weil Menschen über alles hinwegkommen. Die Kraft in uns Menschen ist gigantisch, mit Schwierigkeiten zurechtzukommen, das sieht man an persönlichen Schicksalen. Das sieht man auch an gemeinschaftlichen Katastrophen, die erlebt und durchlebt wurden. Wir bauen unser Tal wieder auf. Das ist überhaupt keine Frage für mich! Und wir werden diese Kraft investieren. Ich bin überzeugt, dass wir als Glaubende darauf vertrauen dürfen! ■



”

Der Zusammenhalt ist das hellste Licht

14. Juli 2021. Eine Katastrophe biblischen Ausmaßes zerstört im Westen Deutschlands einen ganzen Landstrich. Mit am stärksten betroffen ist das Ahrtal. Durch die engen Gassen tost eine Flutwelle der Vernichtung. Sie kostet Leben, zerstört Existenzen. Dort, wo sonst eher idyllische Weinberge und malerische Orte das Bild prägen, finden sich am Tag danach Schlamm, Müll, Verwesung. Und Überlebende im Ausnahmezustand – bis heute. Seit der Flutnacht steht Jörg Meyrer als Seelsorger zusammen mit Kolleginnen und Kollegen den Menschen zur Seite: „Einfach da sein. Ganz praktisch. Und zuhören, wie die Menschen ihre Flutgeschichten erzählen.“ Mehr war nicht möglich. Und dann: Aushalten, wenn die Tränen kommen und Verzweiflung aufsteigt angesichts der Aufgabenberge. Ungeschönt ehrlich erzählt Jörg Meyrer von Menschen, Begegnungen, praktischer Hilfe, seinen Zweifeln und seinem Schweigen gegenüber Gott, der ungeahnten Hilfsbereitschaft anderer und der Hoffnung, die viele im Zusammenhalten finden.

Jörg Meyrer „Zusammenhalten – als Seelsorger im Ahrtal“, Bonifatius-Verlag, 20 Euro

Flutprävention

Was, wenn sich Starkregen nutzbar machen ließe?

Im Ahrtal sind innerhalb weniger Stunden weit über 100 Liter pro Quadratmeter Regenwasser gefallen. Dieses Wasser ist von den Hängen in die Täler zusammengekommen und hat dort zu massiven Zerstörungen geführt. Klassische Flutschutzmaßnahmen versuchen, das Wasser so schnell wie möglich loszuwerden. Doch dadurch wird das Problem der Wassermassen verlagert und in den tieferlegenden Regionen geht es dramatischer zu. Wir haben eine andere Idee:

Ein Beitrag von Dipl.-Ing. Volker Korrmann

Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind auch in Deutschland spürbar und zeigen sich regional unterschiedlich. Die Folgen sind sowohl Dürren als auch damit einhergehender intensiver Starkregen mit einer besonderen Zerstörungskraft. Die vom Regenwasser bedrohten Gebiete liegen in den Einzugsgebieten von kleinen Flüssen, die bei Starkregen plötzlich massiv ansteigen und eine große Zerstörungskraft entfalten. Bei diesen Flüssen geht es um ein paar Tausend Kubikmeter Wasser, die innerhalb weniger Stunden mit einer großen Menge an Schlamm und Geröll durch den Ort fließen. Zu einem großen Teil kommen diese Wassermassen von den umliegenden Agrarflächen, wo das Wasser massive Erosionsschäden verursacht und die guten oberen Bodenschichten abträgt.

Eigentlich müssten die Landwirte mit Feldrainen dafür sorgen, dass das Wasser auf den Feldern bleibt. Dabei geht jedoch Anbaufläche verloren und die Landwirte kämpfen um jeden Quadratmeter, den sie bewirtschaften können. Zudem bringen Feldraine keinen Ertrag. Sie haben nur eine geringe Speicherkapazität und können bei Überspülungen brechen, was durch die dabei entstehende Flutwelle sogar noch mehr Zerstörungskraft entwickeln würde.

Eine Lösung für die extremen Starkregenereignisse sind sogenannte dezentrale Flutschutzsolaranlagen. Diese verbinden großvolumigen Wasserrückhalt auf Agrarflächen mit regenerativer Stromerzeugung. Die bis zu drei Meter tiefen Becken sind mit Solarstromplatten überdacht. Die so in den Hoch-

wasserschutz integrierte Fotovoltaik löst fundamentale Probleme: Erstens: Den Gemeinden entsteht oft eine Finanzierungslücke beim Bau von Hochwasserschutzanlagen, da diese nicht vollständig in der Finanzierung durch die Bundesländer gedeckt sind. Diese Finanzierungslücke ließe sich durch Solarinvestoren schließen. Im Hochwasserschutz ist zwangsläufig ein Teil der Fotovoltaik-Installationskosten enthalten und Fotovoltaik kann sogar kostengünstiger als auf freier Fläche installiert werden. Der Solarinvestor kann der Gemeinde ebenso bei der Antragsstellung helfen und somit das Verfahren beschleunigen. Zweitens: Dem Solarinvestor ist es möglich, eine Pacht an den Landwirt zu zahlen. Die Becken der Anlage verursachen der Gemeinde somit keine hohen laufenden Kosten. Auch die Instandhaltungskosten sind wesentlich geringer als bei klassischen Regenüberlaufbecken.

Stabilisierung von abrutschenden Hängen

Bei der Flutpräventions-Fotovoltaik handelt es sich im Prinzip um einen Lösungsbaukasten mit unterschiedlichen Werkzeugen für verschiedene Problemstellungen. In den anspruchsvollsten und gefährlichsten Projekten geht es um die Stabilisierung von abrutschenden Hängen. Hier stützen sehr dickwandige Becken mit tiefen Bohrfundamenten die abrutschenden Erdmassen, sodass diese nicht weiter absinken können. Zudem führen Drainagen vor den Becken überschüssiges Grundwasser im Hang ab, was ebenfalls ein weiteres Absa-

cken der Erdmassen verhindert. Hangstabilisierungen sind zwar die aufwendigsten Maßnahmen zur Herstellung von effektivem Hochwasserschutz, jedoch auch jene Maßnahmen, bei denen Flutpräventionsfotovoltaik den größten wirtschaftlichen Vorteil gegenüber klassischer Hangstabilisierung bietet.

Der Boden wird zur Ressource

Anstelle von teuren Spundwänden aus Stahl werden dickwandige Becken aus RSS-Flüssigboden verwendet. Beim RSS-Flüssigboden handelt es sich um den vor Ort vorhandenen Boden, der mit Baggern ausgehoben wird, um ihn zeitweilig zu verflüssigen. Anschließend wird dem Boden ein Additiv im Verhältnis von 3 zu 97 Prozent zugefügt. Der Boden härtet aus und wird anschließend wieder in die ausgehobenen Bereiche zurückgesetzt.

Auf diese umweltschonende Weise lässt sich ein Acht-Millionen-Euro-Projekt bereits für die Hälfte der Kosten umsetzen. Zudem lassen sich durch das RSS-Flüssigbodenverfahren bis zu 80 Prozent der CO₂ Emissionen im Tiefbau vermeiden. Je nach der Neigung und Stabilität der Hangfläche können die Projekte vorrangig auf Hangstabilisierung, Wasserspeicherung, -ableitung oder -versickerung ausgelegt werden. Die Projekte verbinden dabei geförderte kommunale Flutprävention mit Solarinvestoren und Vorteilen für die Landwirtschaft. Durch diese neue Kostenstruktur werden vergleichsweise kleine Solarkraftwerke von 0,5 bis zwei Megawatt für die Investoren finanziell interessant.

Erster Pilot in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg wurde vor mehreren Jahren eine Siedlung auf einem Hügel gebaut. Dieser Hügel rutscht derzeit um fünf Zentimeter pro Jahr ab. Es ist bereits einmal die Hauptwasserleitung gebrochen. Viele Schäden sind an den Häusern entstanden. Bei starken Regenfällen wird das Wasser aus der Siedlung über ein Rohr direkt in den Fluss geleitet. Dieser Fluss ist dadurch bis auf fünf Meter Tiefe ausgespült worden und verursacht Schäden in den nachfolgenden Ortschaften, weil zu viel Wasser zu schnell in den Fluss gelangt. Auch Bäume sind keine Option zur Stabilisierung eines Hangs. Sie können sich in der Gesteinsschicht am Hang nicht halten, was sich durch das ebenfalls abrutschende Waldstück am Rand der Siedlung gezeigt hat. Es werden daher zur Stabilisierung über den ganzen Hang verteilt mehrere tiefe Bohrfundamente benötigt. Diese Fundamente können nun entweder die Erdmassen mit Spundwänden oder vergleichsweise günstigen Becken stabilisieren. Sobald die Wasserbecken eine maximale Breite von fünf Metern haben, können sie mit einer Solaranlage überdacht und vor einem unbefugten Betreten abgesichert werden.



„

Wir müssen uns an das neue Klima anpassen. Das kann sogar wirtschaftlich sein, wenn wir vorhandene Synergien nutzen.

Geschäftsführer Dipl.-Ing. Volker Korrmann

Blühwiesen, Biodiversität und Insektenschutz

An den sehr weit auseinanderliegenden Reihen der Solarmodule sind Schutzstreifen mit Blühwiesen, Biodiversität und Insektenschutz geplant, die ebenfalls von den großen Wasserspeichern profitieren. Aufgrund des stark sinkenden Grundwasserpegels in der Region kann sogar die Ortschaft zeitweise mit Trinkwasser aus den Wasserspeichern versorgt werden, um so die Grundwasserbrunnen weiterhin zu entlasten. Dieser Standort weist somit einen maximalen Impact und einen sehr großen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber anderen klassischen Lösungen auf, sodass hier eine gute Chance besteht, das Projekt relativ kurzfristig umzusetzen – zumal ein rasches Handeln notwendig ist, um weitere Schäden zu vermeiden. Dabei geht es konkret um garantierte und vorhersagbare Schäden und nicht nur um Eventualitäten im Rahmen eines Starkregenereignisses. ■



Gleiche Menschen, gleiche Rechte?

Eine neue Fluchtbewegung hat gerade in der Ukraine begonnen. Auf den ersten Blick erinnert die aktuelle humanitäre Katastrophe in der Ukraine an die Kriegsgeflüchteten aus Syrien und anderen arabischen Ländern. Doch bei genauem Hinsehen offenbaren sich fundamentale Unterschiede. Was haben wir aus der Vergangenheit gelernt? >>

Ist eine andere Flüchtlingspolitik als 2015 möglich?

Europa zeigt dieser Tage eindrucksvoll, dass es in der Lage ist, große Fluchtbewegungen zu bewältigen. Geflüchtete aus der Ukraine kommen vielfach die ersten Tage privat unter, erhalten nach der Registrierung direkt einen Status, dürfen sich frei bewegen und arbeiten. Es stellt sich die Frage: Warum nicht immer so?

Ein Beitrag von Max Klöckner
Mit freundlicher Genehmigung von Pro Asyl
<https://www.proasyl.de>



Über 7 Millionen Menschen sind laut UNHCR innerhalb der Ukraine auf der Flucht vor dem Krieg, mehr als 4,5 Millionen sind bereits in Nachbarstaaten geflohen und rund 300.000 davon befinden sich mittlerweile in Deutschland. Die Aufnahme läuft größtenteils unproblematisch ab: Für Flüchtlinge aus der Ukraine gilt die Dublin-Verordnung, nach der Asylanträge im EU-Ersteinreisestaat gestellt werden müssen, nicht. Sie dürfen sich ihr Zufluchtsland frei aussuchen. Geregelt wurde das in der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz, die von der Europäischen Union am 3. März 2022 aktiviert wurde und auch dafür sorgt, dass ukrainische Geflüchtete schnell ein Aufenthaltsrecht erhalten.

Die Aufnahme all dieser Schutzsuchenden ist offensichtlich für die Staaten der EU möglich. Unzählige Menschen helfen bei der Erstversorgung der Geflüchteten, sie dürfen in vielen Ländern kostenlos mit öffentlichen Verkehrsmitteln an ihren Zielort reisen, staatliche Stellen werden durch vorübergehende oder sogar dauerhafte private Aufnahme von Ukrainer*innen entlastet und allerorts werden in Windeseile Anlaufstellen und Unterbringungsmöglichkeiten hochge-

zogen. Dazu kommt der erwähnte EU-Ratsbeschluss, der den Flüchtlingen einen Aufenthaltsstatus gibt, Sozialleistungen garantiert und ihnen ermöglicht, eine Arbeit aufzunehmen. Menschen, die gerade vor einem schrecklichen Krieg fliehen, oft in großer Sorge um Angehörige sind und vor einer ungewissen Zukunft stehen, müssen keinen großen bürokratischen Apparat durchlaufen, sind nicht ständig in Unsicherheit und Angst über ihr Bleiberecht und können sofort damit beginnen, hier in Deutschland Fuß zu fassen.

Es geht auch ohne Bürokratie und Restriktionen

Vielen anderen Geflüchteten, die ebenfalls aus Kriegs- und Krisengebieten wie Syrien, Afghanistan und dem Irak stammen und ebenso schreckliche Dinge erlebt haben, ist das leider nicht vergönnt. Sie dürfen die erste Zeit in Deutschland nicht aus der Erstaufnahmeeinrichtung ausziehen, erhalten je nach Nationalität keinen Zugang zu Integrationskursen, und werden mit Wohnsitzauflagen und Arbeitsverboten gegängelt. Viele von ihnen müssen lange auf Entscheidungen über ihren Asylantrag warten oder müssen sogar eine Abschiebung fürchten.

Und sie erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, also noch unter dem Niveau von Hartz IV. Für Ukrainer*innen wurde das vergangene Woche beim Bund-Länder-Gipfel geändert: Sie können ab Juni reguläre Sozialleistungen nach dem SGB II oder XII beziehen. Das ist grundsätzlich sehr begrüßenswert, aber auch hier stellt sich die Frage: Warum nicht für alle? Weshalb gelten für nichtukrainische Geflüchtete Restriktionen, wieso erhalten sie nicht die gleichen Leistungen? Die aktuellen Erfahrungen zeigen ja eindrucksvoll, dass eine menschenwürdige Aufnahme nicht nur funktioniert, sondern auch für alle Seiten Vorteile hat. >>

„
Dieses Zusammenspiel ist ein großartiges Beispiel dafür, wie Flüchtlingsaufnahme funktionieren kann.

Auch im Fall Ukraine: Selektive Solidarität

Mit einer traurigen Einschränkung: Drittstaatsangehörige, die ebenso vor dem Ukraine-Krieg fliehen, stehen oft vor den altbekannten Problemen – vor allem, wenn sie eine andere Hautfarbe haben oder zu den Roma gehören. Allein in Polen erhalten Zehntausende von ihnen aus rassistischen Beweggründen nicht die gleiche Unterstützung wie andere Flüchtlinge aus der Ukraine. Laut Berichten werden unter anderem internationale Studierende in Polen in Haftzentren interniert – ähnlich wie die Geflüchteten, die über Belarus Schutz in Europa finden wollten. Auch in der Ukraine selbst gibt es von der EU finanzierte Haftzentren für Flüchtlinge aus anderen Staaten, die zum Teil weiterhin betrieben werden und in denen aus der EU abgeschobene Menschen um ihr Leben bangen.

Es ist Krieg und die Fluchtwege in die EU sind offen

Trotzdem fällt eine Sache auf: Man findet nur wenige Meldungen über erfrorene oder ertrunkene Menschen an den EU-Grenzen. Zum Glück gibt es keine brutalen Pushbacks oder Familien, die im Wald campieren müssen und dort verhungern. Und es werden auch keine Kinder von Zügen überfahren, weil sie mitten in der Nacht illegal zurückgewiesen werden wie die sechsjährige Medina 2017 an der kroatischen Grenze. Offene Fluchtwege sind also möglich!

Was ist mit den anderen?

Mitunter treibt der Paradigmenwechsel in Europa interessante Blüten: Mittlerweile fordert Polen von der EU-Kommission einen Solidarmechanismus und Unterstützung von den anderen EU-Staaten bei der Flüchtlingsaufnahme. Jahrelang hatte man sich dort gemeinsam mit anderen osteuropäischen Hardlinern seinerseits einer solidarischen Beteiligung, ob durch Aufnahme von Menschen oder finanzielle Beiträge, verweigert. Aber auch jetzt scheint die neue Willkommenskultur weiterhin nur für bestimmte Menschengruppen zu gelten. Denn just an der polnisch-belarussischen Grenze, wo Geflüchtete immer noch versuchen, in die EU zu gelangen, spielt sich nach wie vor eine humanitäre Katastrophe ab.

”

Wenn Millionen ukrainische Geflüchtete in Europa Hilfe erhalten – wieso dann nicht auch die wenigen Hundert Menschen, die seit Monaten an der Grenze zwischen Polen und Belarus ausharren?

Vergessen: Die Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze

Die Bilder an der polnisch-belarussischen Grenze könnten nicht konträrer sein zu jenen an der polnisch-ukrainischen Grenze: Weiterhin werden Schutzsuchende dort brutal zurückgedrängt, illegal abgeschoben, misshandelt. Und die gleichen Flüchtlingshelfer*innen, die etwas weiter südlich für ihr Engagement gefeiert werden, werden anderswo sogar inhaftiert, wenn sie einer vor dem Hungertod stehenden Familie das Leben retten.

Vergessen: Die Menschen in den griechischen Lagern

Vor Krieg und Verfolgung sind auch viele Menschen geflohen, die noch immer in Griechenland feststecken. Die meisten von ihnen stammen aus Afghanistan, Syrien, dem Irak. Zehntausende von ihnen harren dort aus, einige Tausend davon in den Elendslagern auf den griechischen Inseln. Jene Elendslager, die nach dem Brand in Moria große öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren. Eine niedrige vierstellige Zahl an Menschen nahm Deutschland damals auf – und das Prozedere dauerte monatelang. Aber auch, wer es von den Inseln heruntergeschafft hat, lebt nicht unbedingt in besseren Umständen: Die

Lager auf dem Festland sind ebenso elendig. Und anerkannte Schutzberechtigte erhalten in Griechenland keinerlei staatliche Unterstützung. Viele Familien leben daher auf der Straße. Wenn Deutschland Hunderttausende Menschen aus der Ukraine ohne Klagen und größere Schwierigkeiten aufnehmen kann – wieso können wir dann nicht endlich auch den Kriegsflüchtlings und verfolgten Menschen helfen, die seit Jahren ohne Perspektive in Griechenland festsitzen?

Vergessen: Die Menschen, die im Mittelmeer ertrinken

Erst vor wenigen Tagen war es wieder eine Randnotiz in den Medien: Fast 100 Menschen sind im Mittelmeer bei einem Bootsunglück ertrunken, auf der Flucht nach Europa. Knapp 2.000 Todesopfer waren es 2021 gemäß UNHCR, die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein. Rund 30.000 Menschen wurden bei der Flucht abgefangen und zurück nach Libyen gebracht. Viele von ihnen dürften in den berüchtigten Haftlagern festgehalten werden.

Wenn es zur Rettung von Menschenleben jetzt endlich offene Fluchtwege gibt – wieso wird dem massenhaften Ertrinken im Mittelmeer dann immer noch tatenlos zugesehen und warum kooperiert die EU mit denjenigen, die Schutzsuchende in Folterlagern einsperren?

Vergessen: Die zurückgelassenen Ortskräfte in Afghanistan

Auch mehr als ein halbes Jahr nach der Machtübernahme der Taliban sind immer noch nicht alle Menschen gerettet, die in Afghanistan für deutsche Institutionen gearbeitet haben, sich für Menschenrechte einsetzten oder deren Familie in Deutschland lebt. Von den rund 30.000 gefährdeten Personen

mit einer Aufnahmezusage hat es erst weniger als die Hälfte nach Deutschland geschafft! Die Evakuierungen stocken, der politische Wille scheint nicht vorhanden zu sein – dabei wird besonders für engagierte Frauen die Situation immer prekärer. Gerade weil die Weltöffentlichkeit auf die Ukraine blickt, scheinen die Repressionen und die Brutalität der Taliban immer weiter zuzunehmen. Wenn eine Luftbrücke zur Umverteilung von Ukraine-Flüchtlings möglich ist – wieso gibt es immer noch keine nach Afghanistan und Menschen, die dort in Lebensgefahr schweben und auf Rettung durch uns angewiesen sind, werden seit Monaten im Stich gelassen?

”

Europa kann, wenn es will. Auf dieser positiven Erfahrung muss nun aufgebaut werden! Es darf keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben!

Die Europäische Union mit ihren rund 447 Millionen Einwohnern hat die Möglichkeit, auch mehreren Millionen Menschen Schutz zu bieten. Das sagen wir und viele andere schon lange und die aktuelle Situation zeigt es mehr als deutlich: Europa kann, wenn es will. Auf dieser positiven Erfahrung muss nun aufgebaut werden. Unsere Solidarität ist unteilbar. Sie darf nicht nur einzelnen Gruppen gelten. Sie muss allen Menschen, die vor Krieg, Folter und Verfolgung fliehen, zuteilwerden. Es darf keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben! ■

EUROPA ZEIGT GEFLÜCHTETEN ZWEI GESICHTER

Mit freundlicher Genehmigung von Pro Asyl

Menschenrechte sind die unveräußerliche Grundlage demokratischer Gesellschaften. Sie gelten nicht nur für einige Privilegierte, sondern für alle Menschen. Dies gilt in gleichem Maße für die Flüchtlingsrechte, deren Grundsätze in der Genfer Flüchtlingskonvention festgelegt sind. Wenn Flüchtlingen in aufnehmenden Ländern unterschiedliche Rechte eingeräumt werden, verletzt dies den Gleichheitsgrundsatz, dem alle demokratischen Gesellschaften verpflichtet sind. Wer flieht und in einem anderen Land Schutz sucht, muss sich auf seine unveräußerlichen Rechte als Flüchtling berufen können.

Krieg in der Ukraine. Millionen sind auf der Flucht, mehr als zur Zeit des Syrienkriegs 2015. Vertreibung, Folter, tödliche Bedrohung – den Fliehenden widerfährt ähnliches Leid wie damals, aber Europa reagiert anders. Heute erklären sich die EU-Mitglieder dazu bereit, die Grenzen zu öffnen und den Menschen unbürokratisch Schutz zu gewähren. Grundlage dieser ermutigenden Aufnahmebereitschaft ist die Aktivierung der „EU-Richtlinie über den vorübergehenden Schutz“ aus dem Jahr 2001 (EU-Richtlinie 2001/55/EG) durch den EU-Rat. 2015 hingegen weigerten sich viele EU-Mitgliedstaaten generell, Geflüchtete aufzunehmen. Die Richtlinie wurde nicht aktiviert.

Was besagt die „Richtlinie über den vorübergehenden Schutz“?

Die Richtlinie kann auf Beschluss des EU-Rats aktiviert werden. Sie verfügt, dass Schutzsuchende aus einem bestimmten Land unbürokratisch einreisen können. Die Menschen dürfen ihren Aufenthaltsort in der EU frei wählen, Lebensunterhalt und medizinische Versorgung werden gewährleistet. Sie dürfen sich unverzüglich eine Wohnung suchen, arbeiten und sich bilden. Kinder können zur Schule gehen. Der Aufenthalt ist auf maximal drei Jahre befristet. Die Schutzbedürftigen haben jederzeit das Recht, einen Asylantrag zu stellen.

Die gegenwärtige solidarische Aufnahmebereitschaft macht demnach zugleich eine Ungleichbehandlung geflüchteter Menschen durch die Europäische Union offensichtlich.

Einerseits großzügige Aufnahme, andererseits Gewalt und Repression

Im Unterschied zur Aufnahme der ukrainischen Schutzsuchenden wird anderen Flüchtlingen von vielen EU-Staaten der Zugang verwehrt. Während z. B. die polnisch-ukrainischen Grenzübergänge für Schutzsuchende aus der Ukraine offenstehen, bleiben sie an der polnisch-belarussischen Grenze für die dort ankommenden Flüchtlinge aus Drittstaaten konsequent geschlossen. Die wenigen Tausend Schutzsuchenden, teilweise aus Afghanistan, Irak oder Syrien, die dort oft seit Monaten ausharren, werden Opfer völkerrechtswidriger Zurückweisungen (Pushbacks). Brutale Gewaltanwendungen sind vielfach dokumentiert. Der Zugang zum Asylverfahren wird den Menschen verwehrt.

Die polnische Rechtsanwältin Marta Górczyńska berichtet: „Die Menschen haben kein Dach über dem Kopf, nichts zu essen, keine warme Kleidung. Frauen erleben dort draußen Fehlgeburten. Polen verwehrt den Schutzsuchenden trotz Aufforderung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte jedwede medizinische und humanitäre Hilfe. Menschen sterben. Nicht weil wir keine Möglichkeiten hätten, sie zu retten. Sondern weil wir, weil Europa, sie sterben lässt. Es ist ein Albtraum.“*

Ein weiteres Schlaglicht, das die Ungleichbehandlung verdeutlicht: Während die Menschen aus der Ukraine fliehen, gibt es dort derzeit immer noch EU-finanzierte Haftzentren, in denen Menschen aus Drittstaaten festgehalten werden und somit dem Krieg nicht entkommen können.**

Der Beweis ist erbracht: Es geht auch ohne Zwang und Verelendung

Mit Inkrafttreten der EU-Aufnahmerichtlinie für ukrainische Schutzsuchende werden schwerwiegende Einschränkungen, denen Flüchtlinge normalerweise durch die EU-Dublin-III-Regelung ausgesetzt sind, aufgehoben. Dazu zählen die Auflagen, den Asylantrag im EU-Land der Einreise zu stellen und dort zu bleiben, der zwangsweise Aufenthalt in Elendslagern wie Moria, die Unterbringung in häufig isoliert gelegenen Erstaufnahmeeinrichtungen, soziale und medizinische Schlechterstellung, versperrter bzw. eingeschränkter Zugang zu rechtlicher Beratung, Arbeit, Aus- bzw. Weiterbildung und Schule. Der andere Umgang mit ukrainischen Flüchtlingen beweist: Flüchtlingsaufnahme geht auch offen, humanitär und hilfsbereit. ■

*proasyl.de, An der polnischen Grenze: Eine Politik, die die Menschen einfach sterben lässt, 12. November 2021

**spiegel.de, Gefangen im Krieg, 4. April 2022

AUF DER FLUCHT SIND NICHT ALLE MENSCHEN GLEICH!

Krieg in der Ukraine. Millionen sind auf der Flucht, mehr als zur Zeit des Syrienkriegs 2015. Vertreibung, Folter, tödliche Bedrohung – den Fliehenden widerfährt ähnliches Leid wie damals, aber Europa reagiert anders. Heute erklären sich die EU-Mitglieder dazu bereit, die Grenzen zu öffnen und den Menschen unbürokratisch Schutz zu gewähren. Umso deutlicher tritt ins Auge, wie unbarmherzig nach wie vor Fliehende aus anderen Weltregionen in Europa ausgegrenzt werden. Ein Vergleich.

Freie Wahl des Wohnsitzes

2015

Die Geflüchteten, die 2015 nach Deutschland kamen, wurden gemäß „Königsteiner Schlüssel“ auf die Länder verteilt, ohne Rücksicht auf familiäre Bindungen. Das Unterkommen bei Verwandten oder Bekannten war den Geflüchteten strikt untersagt. Selbst der Besuch war verboten, sofern es sich um ein anderes Bundesland handelte.



1 Million

Schutzsuchende kamen 2015 in die EU. Ein Drittel davon Kriegsflüchtlinge aus Syrien. Einige EU-Mitgliedsstaaten wie Polen und Ungarn verweigerten die Aufnahme von Geflüchteten.



Diese Grenzmauer zwischen Serbien und Ungarn wurde 2015 errichtet, um Einwanderer zu stoppen.

Zusammengetragen von der AUFTRAG-Redaktion, Fotos: Shutterstock



Flüchtlinge werden an der Weiterreise gehindert und campieren notgedrungen an der griechisch-mazedonischen Grenze. An der polnischen Ostgrenze bleiben die Einrichtungen zur gewaltsamen Abwehr außer-europäischer Migranten intakt, während Ukrainer*innen die Grenzen passieren können.

Für Ukrainer*innen mit gültigem Pass sind öffentliche Verkehrsmittel vielerorts kostenlos. Sie müssen im Gegensatz zu Geflüchteten aus Syrien, dem Jemen, Irak und Afghanistan keinen Asylantrag stellen, dürfen in privaten Unterkünften leben und haben keine Wohnsitzauflage, die sie zwingt, an einem Ort zu bleiben.

2022

„Die aktuelle Situation zeigt mehr als deutlich: Europa kann, wenn es will.“

Pro Asyl

5,3 Millionen

Schutzsuchende sind bis Ende April 2022 aus der Ukraine in europäischen Nachbarstaaten unbürokratisch aufgenommen worden. Bereits jetzt ist diese Flüchtlingswelle die größte Fluchtbewegung seit Ende des Zweiten Weltkrieges: Nach einer Woche Krieg hatten bereits eine Million Menschen die Ukraine verlassen.



Vor ihrer Weiterreise haben ukrainische Flüchtlinge im Bahnhof von Przemyśl in Polen die Möglichkeit, sich auszuruhen. EU-Staaten halten die Grenze für Geflüchtete aus der Ukraine offen.

Polen, wo vor dem Krieg 1,3 Millionen Ukrainer*innen lebten und arbeiteten, überrascht die Welt mit einer enormen Hilfsbereitschaft und hat bereits mehr als eine Million Geflüchtete aufgenommen.

Was Ukrainer*innen bekommen:

Geld vom Sozialamt? Ja
Grundsicherung vom Jobcenter? Ja
Obligatorische Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung? Ja
Arbeitslaubnis? Ja, sofort
Anerkennung von Bildungsabschlüssen? Beschleunigt
Zugtickets? Kostenlos

Utopien vom besseren Leben

Die Kraft der Schwarzmalerei

Ein Beitrag von Prof. Dr. Eva Horn

Menschen sehnen sich nach Utopien und Hoffnung. Geht man aber davon aus, dass die Zukunft nicht vorhersehbar ist, sondern dunkel, braucht man etwas anderes: Schwarzmalerei. Greta Thunberg hat es erfolgreich vorgemacht.

Jede Person, die sich mit dem ökologischen Zustand des Planeten beschäftigt, verbringt Zeit damit, Probleme zu erklären: Was eigentlich das Neue und Unerhörte der Klimakrise ist. Dass der Klimawandel nicht das einzige Problem ist, das der Planet gegenwärtig hat. Wie schwierig ein Ausstieg aus den fossilen Energien ist. Welche Konflikte die ökologische Transformation heraufbeschwören wird und: Wie eilig wir es mit diesem Ausstieg jetzt haben, nachdem die Politik 30 Jahre abgewartet hat. Solche Diagnosen hinterlassen Menschen ratlos, denn sie vermitteln das Gefühl, dass nichts mehr zu ändern ist. Warum sollen wir die Zukunft schwarzmalen? Wäre es nicht besser, konkrete Utopien vom besseren Leben zu entwerfen? Menschen, die sich für Umweltprobleme oder Nachhaltigkeit interessieren, wollen nicht nur abstrakt etwas über die komplizierten Zusammenhänge eines aus der Balance geratenden Erdsystems hören. Sie wollen Lösungsvorschläge – oder wenigstens Ideen und Wünsche. Probleme zu analysieren und düstere Prognosen zu stellen erscheint kontraproduktiv. Positive Narrative müssen her.

Utopien, die niemandem wehtun

Jede Woche kommen Sachbücher zur großen Transformation heraus. Auch das Umweltbundesamt hat begriffen, dass nicht nur gewarnt, gemahnt und um Finanzierung gestritten werden darf. Um uns etwas Mut zu machen, hat es selbst eine Utopie entworfen, die garantiert niemandem wehtut. Gefördert wird nachhaltiges Konsumverhalten, indem auch die ökologischen Kosten eines Produkts

angezeigt werden, aber nichts darf teurer werden. Vorausgesehen wird auch das Ende des Verbrennungsmotors. Es geht mit E-Autos weiter wie bisher. An Vorschlägen mangelt es nicht. Vielleicht braucht es für Zukunftsgestaltung etwas mehr als Utopien oder die zahnlosen Narrative des Umweltbundesamts. Aber vielleicht ist Zukunft nicht mit schönen neuen postfossilen Welten herbeizureden. „Zukunft“, so heißt es im Strategiepapier eines Rückversicherungsunternehmens, „ist keine Frage der zeitlichen Ferne. Zukunft ist das, was sich gravierend vom Gegenwärtigen unterscheiden wird.“

Der Bruch mit der Gegenwart

Zukünftigkeit ist der Bruch mit der Gegenwart. Zukünftigkeit, das sind die plötzlichen Disruptionen, die gerade nicht nach Plan laufen und einen unvorbereitet treffen. Die Momente, in denen Zukunft passiert, sind selten so dicht und intensiv gewesen wie im März 2020, als Covid-19 um die Welt zog, oder auch dieser Tage, wo ein seit Jahrzehnten bestehendes geopolitisches Gefüge aus der Balance gerät. Sehen kann man den Bruch immer erst, wenn er geschehen und die Welt grundlegend anders geworden ist. Zukunft erwischt einen kalt.

Was heißt es, eine solche dunkle, unabsehbare Zukunft zu gestalten? Es gibt zweierlei Modi: Einerseits kann man aktiv planen, Dinge umsetzen, die man hier und heute absehen kann. Der Entwurf aus der Gegenwart in die Zukunft fußt auf der Annahme, dass die Zukunft ähnlich sein wird wie die Gegenwart. Genau hier kommen die erwähnten Utopien zum Tragen. Sie entwerfen, wohin die Reise gehen könnte, wenn alles mehr oder weniger so bleibt, wie es ist, und alle mitmachen.

Der andere Modus ist düsterer: Schwarzmalerei oder „Prävention“ – also das aktive Verhindern von Schaden oder Vorsorge für künftige Krisen. Sie geht davon aus, dass Ereignisse in der Zukunft lauern, die man sich nicht wünscht, aber mit denen man rechnen muss.

„Better safe than sorry“

Schwarzmalerei reagiert sensibel auf Warnungen und hält es mit dem Prinzip „better safe than sorry“. Geht man davon aus, dass die Zukunft nicht vorhersehbar ist, braucht man etwas anderes als Utopien und hoffnungsspendende Leitbilder. Man braucht Schwarzmalerei.

Es ist kein Zufall, dass die einzige Kraft, der es gelungen ist, den Klimawandel endlich auf die politische Agenda zu setzen, eine Bewegung von Kindern und Jugendlichen war, die keine Utopien im Kopf hatten, sondern einfach ihrer Angst und ihrem Zorn Ausdruck verliehen haben, wie Greta Thunberg es 2019 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos tat. Das ist Schwarzmalerei in Reinform. Ein Mädchen, das sagt, dass es Angst hat. Angst davor, dass die Welt, in der sie und ihre Altersgenoss*innen aufwachsen, in den nächsten Jahren kaputtgehen wird. Keine Lösungen, keine Forderungen, einfach ein lautes, wütendes „Stopp“.

Was ist Schwarzmalerei? Wozu kann sie in der Situation dienen?

Schwarzmalerei ist zunächst eine Negativität. Es ist das Recht, die Gegenwart zu kritisieren, ohne die Lösung zu präsentieren. Das mag eine kindliche Geste sein, aber sie war wirksam, wie wir bei „Fridays for Future“ gesehen haben. Diese Geste sagt: „Autos sind scheiße“ – nicht: „Ich hätte gern einen Ausstieg aus den Verbrennungsmotoren und einen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Würde man wirklich Autos als massenhaftes individuelles Verkehrsmittel verbannen, hätte man nicht mehr die ganze Problematik mit den vielen Ressourcen, die die Elektroautos brauchen.“

Sie sagt: „Klimawandel ist scheiße“ – nicht: „Ich wünsche mir einen über die nächsten 30 Jahre gehenden Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Das könnte schon mal damit anfangen, treibhausgasintensive Technologien nicht mehr zu subventionieren, sondern richtig teuer zu machen.“

Der Modus der Kritik ist simpel, aber darin liegt seine Effizienz.

Schwarzmalerei ist zweitens realistisch. Realismus führt hinein in die Kompliziertheit der Dinge. Das Mantra vom „Ausstieg aus der Wachstumswirtschaft“ ist zwar richtig, aber leichter gesagt als getan. Die ökologische Transformation, die nötig ist, steht vor Konflikten, die nicht einfach mit Utopien vom guten Leben weggeredet werden können. Trotzdem ist Schwarzmalerei nicht defätistisch. Es geht nicht darum, statt der Lösungen Probleme aufzulisten, sondern darum, die echten Konflikte von den unechten zu trennen.

Schwarzmalerei ist drittens eine Haltung gegenüber der Zukunft, die deren Dunkelheit anerkennt. Die Zeiten sind voller Überraschungen, sei es durch die Covid-Pandemie oder auch die verheerenden Überschwemmungen im Ahrtal. Beiden gemeinsam ist die Tatsache, dass man in keiner Weise auf diese Ereignisse vorbereitet war. In der Pandemie fehlte es an Infrastruktur im Gesundheitswesen, dabei haben Wissenschaftler und die WHO seit Jahren auf die Gefahr hingewiesen. Im Ahrtal war es der fehlende Katastrophenschutz, die mangelnde Weitergabe von Wetterwarnungen und eine Landschaft, die nicht auf Überschwemmungen vorbereitet war.

Autorschaft

Prof. Dr. Eva Horn ist Kultur- und Literaturwissenschaftlerin und Professorin am Institut für Germanistik der Universität Wien. 2014 erschien von ihr „Zukunft als Katastrophe“ im S. Fischer Verlag.

Eine reflektierte Dramaqueen

Zukunft ist das, was wir nicht auf dem Schirm haben. Die Dunkelheit der Zukunft liegt genau in diesen unvorhergesehenen Möglichkeiten. Schwarzmalerei ist der Versuch, den „unknown un-knowns“ auf die Spur zu kommen. Wissenschaft ist vielleicht das beste Instrument, das wir haben, um diese Dunkelheit ein Stück weit auszuleuchten, das zweitbeste sind vermutlich die schrillen Katastrophenfiktionen aus Literatur und Film. Das Problem ist: Wenn man der Wissenschaft nicht glaubt und die Desasterszenarien als bloße Fantasie abtut, verzichtet man auf dieses Instrument.

Ein letzter Punkt: Schwarzmalerei hat ein scharfes Bewusstsein für die Dringlichkeit ihrer Anliegen. Sie quengelt nicht nur, sie drängelt auch. Sie geht von der Annahme aus, dass jede Verzögerung gefährlich ist, dass sich die Situation verschlimmert. Prävention kommt vor dem Schadensereignis. Schwarzmalerei verbindet das Prinzip „better safe than sorry“ mit einem „lieber heute als morgen“. In Sachen Nachhaltigkeit hat der Weltklimarat im zweiten Teil seines sechsten Sachstandsberichts im Februar 2022 an diese Dringlichkeit erinnert. Szenarien für CO₂-Neutralität im Jahr 2050 sind gut und schön, aber wenn es nicht schneller geht, ist das 1,5-Grad-Ziel nicht mehr zu halten. 30 Jahre Lippenbekenntnisse und hirnrissige Diskussionen darüber, ob es den Klimawandel denn wirklich gäbe, haben wichtige Zeit gekostet. 30 Jahre lang mussten sich Wissenschaftlerinnen sagen lassen, sie seien doch nur Schwarzmaler. 3,6 Milliarden Menschen geraten dadurch in unmittelbare Gefahr. Dass diese Gefahr mittlerweile zunehmend auch die Industrieländer trifft, ist vielleicht ein guter Anlass, deren Ausstiegspläne zu beschleunigen. Aber der Weltklimarat hat auch eine gute Nachricht: Es ist durchaus noch etwas zu machen. Würde die Hälfte aller derzeitigen Emissionen schon 2030 eingespart, käme das 1,5-Grad-Ziel wieder in erreichbare Nähe.

Schwarzmalerei ist nicht lähmend, sondern drängt zur Eile. Sie hat die Kraft, zu mobilisieren, weil sie nicht nur Fakten vermittelt, sondern auch Emotionen. Sie hat die Wut einer jungen Generation getragen, die sich fragt, ob es ihnen als Erwachsene auch nur halb so gut gehen wird wie ihren Eltern. Es braucht das Drama, die Einfachheit und Emotionalität, die erst Greta Thunbergs alarmistische Rhetorik bewirkt hat. Wenn Schwarzmalerei eine Dramaqueen ist, dann doch eine reflektierte. Sie weiß, dass sie noch nicht alles weiß. Darum stellt sie sich aufs Schlimmste ein. Auch wenn Angst als Mobilisierungskraft unangenehm klingt, motiviert sie doch viel stärker als positive Hoffnungen und Leitbilder. Wer schwarz malt, will nicht recht haben, sondern Schlimmeres verhindern. ■

YouTube – ein Lernmedium?

Der Text gibt einen detaillierten Einblick in die Funktionsweise der Plattform YouTube. Ergebnisse wissenschaftlicher Studien der unterschiedlichsten Disziplinen werden im Hinblick auf die Inhalte, Funktionsweise und Wirkung von YouTube mit all seinen Funktionalitäten betrachtet und näher dargelegt. Letztlich wird die Frage beantwortet, welche Potenziale und Herausforderungen sich für den Einsatz im Bildungskontext oder in der politischen Bildung ergeben.

Ein Beitrag von Josephine B. Schmitt/Bundeszentrale für politische Bildung
www.bpb.de/Creative Commons by-nc-nd/3.0, Fotos: Shutterstock

YouTube ist mittlerweile nicht nur in allen Bevölkerungsschichten ein beliebtes Online-Angebot zur Unterhaltung und Information. Für viele bietet die Plattform auch einen Raum für die eigene Präsentation, Artikulationen, Gemeinschaft und Diskussion. Eine Studie des Rats für kulturelle Bildung (2019) verdeutlicht weiterhin, dass Jugendliche YouTube nicht nur zu Unterhaltungszwecken, sondern auch als digitalen Lernort nutzen. Diese Nutzungsweise gewann durch die Besonderheiten der Lockdown- und Physical-Distancing-Maßnahmen der COVID-19-Pandemie zusätzlich an Relevanz. Aber auch bei älteren Nutzer*innen erfreuen sich Online-Videoangebote im Allgemeinen und YouTube im Besonderen mittlerweile großer Beliebtheit – und das Potenzial audiovisueller Online-Angebote in höheren Altersgruppen wächst kontinuierlich. Auch Bildungseinrichtungen und -anbieter unterschiedlicher Art greifen verstärkt auf die Videoplattform zurück, um ihre Angebote einerseits einem großen Publikum zur Verfügung zu stellen und andererseits mit diesem Publikum in den Austausch zu treten. Über YouTube lassen sich (theoretisch) ressourcenschonend in kürzester Zeit große und diverse Zielgruppen erreichen. Die vielfältigen Informations-, Präsentations- und Beteiligungsmöglichkeiten von YouTube möchten sich v. a. auch Akteur*innen der politischen Bildung zunutze machen. Damit ist die Hoffnung verbunden, Personen zu erreichen und zu interessieren, die auf anderen Wegen politischen Bildungsangeboten weniger zugewandt sind.

Grenzen zwischen Werbung und Inhalt verschwimmen

Die Plattform stellt ihre Dienste aber nicht uneigennützig zur Verfügung. Hinter YouTube steht ein millionenschweres wirtschaftlich arbeitendes Unternehmen mit einer eigenen Plattformlogik (z. B. im Hinblick auf Algorithmen und Wer-

bung). Ziel ist Zuwachs, Umsatz und Gewinn. YouTube birgt daher nicht nur Potenziale für die Nutzenden, sondern auch eine Vielzahl an Herausforderungen. So findet sich neben professionell erstellten Inhalten eine nahezu unüberschaubare Bandbreite an nutzer*innengenerierten Videoinhalten. Letztere können im Hinblick auf ihre inhaltliche und formale Qualität durchaus fragwürdig sein. Weiterhin verschwimmen zuweilen insbesondere bei populären YouTube-Inhalten die Grenzen zwischen Werbung und Inhalt. Das hängt nicht zuletzt mit den Monetarisierungsstrategien der Plattform zusammen. Ferner fordern Kontext- und Strukturbedingungen von YouTube wie Algorithmen, Datenschutz, Nutzer*innenkommentare und Metriken (z. B. View-Zahlen, Likes) die Nutzer*innen – wenngleich oft unbewusst – heraus. Und nicht zuletzt ist vor dem Hintergrund jüngerer Erkenntnisse der Medienwirkungs- und Rezeptionsforschung fraglich, inwiefern sich audiovisuelle Angebote dazu eignen, (politische) Bildungsziele umzusetzen – sofern sie allein für sich, also unabhängig von einer pädagogischen Rahmung, stehen.

Die Integration audiovisueller Inhalte eine sind eine willkommene Abwechslung zu den sonst oft textbasierten Inhalten von Unterricht zu sein.



Noch nie waren Fitness-, Coaching und Übungsvideos auf YouTube so beliebt wie heute, denn wenn die Studios geschlossen sind und Kurse nicht stattfinden, dann bleibt für alle Sportbegeisterte nur die sportliche Betätigung oder Übung allein oder mit virtueller Begleitung.

Emotionalisierende Videos erfreuen sich größerer Beliebtheit

Die Forschung der vergangenen Jahre zum Einsatz von YouTube und Webvideos in Bildungskontexten zeigt große methodische und thematische Vielfalt. Systematische Forschungsarbeiten zu der Wirkung von Webvideos (z. B. auf das Wissen der Nutzenden) sind dabei eher unterrepräsentiert. Darüber hinaus befassen sich nur wenige Studien mit dem Einsatz und der Wirkung sozialer Medien und im Speziellen mit YouTube in außerschulischen und außeruniversitären Bildungssettings. Inhaltsanalysen zu Lerninhalten – zu einem großen Teil zu gesundheitsbezogenen oder medizinischen Fragestellungen – deuten auf gravierende Schwächen der inhaltlichen Qualität von Webvideos hin. So werden viele unsachliche oder gar unseriöse Inhalte durch Nutzer*innen bereitgestellt. Subjektive, u. U. stark emotionalisierte, (Erfahrungs-)Berichte beispielsweise können zu einer Meinungspolarisierung beitragen. Dies ist umso gefährlicher, da polarisierende und emotionalisierende Videos sich oftmals größerer Beliebtheit beim Publikum erfreuen (z. B. mehr Likes bekommen, häufiger angeklickt und kommentiert werden), daher möglicherweise von den Plattform-Algorithmen bevorzugt und wiederum von der Plattform zur weiteren Rezeption „empfohlen“ werden.

Unterstützung bei herausfordernden Angeboten

Lernende in selbstorganisierten Lern- und anderen Nutzungssettings sind von diesen potenziellen Gefahren besonders betroffen. Die Anforderungen an ihr Orientierungswissen und ihre Medienkritikfähigkeit sowohl im Umgang mit den audiovisuellen Inhalten der Plattform als auch mit ihren Kontext- und Strukturbedingungen (Algorithmen, Nutzer*innenkommentare) sind hoch. Ähnlich verhält es sich mit den Anforderungen an ihre Lerndisziplin und Motivation, sich mit bestimmten Inhalten auseinanderzusetzen. Die Ablenkung durch andere Angebote ist immens. Formalisierte Lern- und Bildungssettings, aber auch die begleitete Nutzung von YouTube durch Eltern und ihre Kindern bieten vielfältige Möglichkeiten, sich diesen Herausforderungen sinnvoll anzunehmen. So können Pädagog*innen Unterstüt-

zung bei der Auswahl von sachlichen und fachlich hilfreichen Angeboten bieten bzw. herausfordernde Angebote pädagogisch rahmen. Wie die im Dossier dargestellten Studien zur Einbindung von Webvideos in schulische und universitäre Lernsettings zeigen: als audiovisueller Gesprächsanlass oder als Ergänzung „traditioneller“ didaktischer Maßnahmen können Webvideos eine sinnvolle Ergänzung von Bildungsmaßnahmen sein. Jedoch steht weder bei den zitierten Studien noch bei vielen praktischen Materialien im Fokus, dass es sich um die Nutzung audiovisueller Online-Angebote handelt. Der Veröffentlichungskontext wird nur selten Teil der pädagogischen Realität. Vielmehr scheint die Integration audiovisueller Inhalte eine willkommene Abwechslung zu den sonst oft textbasierten Inhalten von Unterricht zu sein.

Pädagogische Materialien online: große Vielfalt, aber versteckt

Der durch YouTube und Webvideos eröffnete Raum muss daher umsichtig „bespielt“ werden. Bildung und Lernen mit Webvideos und YouTube sollten im Zuge dessen in ihrer Vielfalt anerkannt und behandelt werden. Weiterhin ist es erforderlich, die Themen, Inhalte und (Bild-)Sprache der Angebote auf die Besonderheiten der Plattform, die Anforderungen der zu erreichenden Nutzer*innengruppe sowie die jeweiligen Lernziele abzustimmen. Dabei gilt stets: Es gibt keine One-fits-all-Lösung! Um dem Umstand, dass es sich um Webvideos handelt, gerecht zu werden, können Pädagog*innen die Kontext- und Strukturbedingungen digitaler Anwendungen selbst zum Thema von Medienerziehung und -bildung machen. Dies schließt beispielsweise eine Auseinandersetzung mit Nutzer*innenkommentaren und Algorithmen oder Influencer*innen ein. Es gibt mittlerweile auch eine große Vielfalt pädagogischer Materialien, die unterschiedliche Fragen von, mit und über Webvideos und YouTube thematisieren. Viele von ihnen sind online frei verfügbar. Nur ein Bruchteil von ihnen wird im Dossier vorgestellt. Wenngleich es zuweilen Versuche einer systematischen Zusammenstellung von Materialien für einzelne pädagogische Kontexte gibt, sind Unterrichtsmaterialien oft auf Projektwebseiten o. Ä. „versteckt“, die sich bei einer einfachen Google-Suche nicht unbedingt finden lassen. Es zeigen sich auch hierbei die Herausfor-

Webvideos bieten eine Möglichkeit, Personen zu erreichen, die mit klassischen Methoden der politischen Bildung nicht (mehr) erreicht werden können.

derungen des Internets deutlich. Neben umfassenden Such-, Orientierungs- und Entscheidungskompetenzen erfordert die Suche, Auswahl und Einbindung von digital verfügbaren Materialien vor allem umfassende fachliche Kompetenzen bei Pädagog*innen: Was sind gute und hilfreiche Materialien? Wonach wähle ich aus? Kann ich sie in der gegebenen Form nutzen? Inwiefern muss ich sie inhaltlich und methodisch an meine Lerngruppe anpassen? Welche Kompetenzen kann ich damit fördern? Woher weiß ich, dass ich als Lehrende*r erfolgreich war? Wie kann ich die Wirksamkeit der Materialien evaluieren?

Hindernisse für den Lernerfolg

Sämtliche Aspekte benötigen Souveränität, Kenntnisse und (subjektive) Kompetenzen der Pädagog*innen im Umgang mit digitalen Bildungsangeboten. Die Wirksamkeit und der Sinn der Einbindung von Webvideos bzw. der dazugehörigen Materialien in die unterschiedlichsten Bildungssettings hängen etwa von den im Vorfeld definierten Lernzielen ab. Diese entscheiden nicht nur darüber, in welcher Form welche Webvideos in die pädagogische Arbeit eingebunden werden sollten, sondern auch, ob überhaupt Webvideos ein sinnvolles pädagogisches Element darstellen. Ein weiteres Hindernis für den Lernerfolg, insbesondere in institutionalisierten Settings, kann die technische Ausstattung sein. So kann der Einsatz von Webvideos in einem schulischen oder auch akademischen Setting Ungleichheiten im Hinblick auf die technische Ausstattung der Lernenden zutage fördern, sofern erforderlich ist, dass die Lernenden ihre eigenen Geräte nutzen. Eventuell laufen Webvideos bei dem einen Gerät störungsfreier als bei dem anderen. Auch die technische Ausstattung innerhalb einer Lerneinrich-



Laut einer Studie entwickelt sich YouTube bei Jugendlichen zum beliebtesten Medium nach WhatsApp. Jeder Zweite nutzt die Plattform demnach auch zum gezielten Lernen.

tung (z. B. WLAN, Verfügbarkeit von Abspiel- und Produktionsgeräten) kann den Einsatz digitaler Tools jeglicher Art einschränken. Insgesamt aber gilt: Das beste Video und die besten pädagogischen Materialien haben keinen Effekt, wenn sie nicht genutzt werden oder formulierte Lernziele nicht dazu passen.

Nutzer*innen effektiv mit den eigenen Angeboten zu erreichen ist eine weitere Herausforderung, die viel Raum und Diskussion bei der Gestaltung von Angeboten einnehmen sollte. Dabei stehen Fragen im Vordergrund wie: Inwiefern lassen sich bekannte Influencer*innen einbinden? Inwieweit profitieren Angebote von einer Vernetzung auf der Webvideo-Plattform und darüber hinaus? Wie kann Partizipation und Interaktion zwischen den Rezipient*innen gefördert und damit auch der Bildungserfolg gesteigert werden?

Fazit

Webvideos bieten eine Möglichkeit, Personen zu erreichen, die mit klassischen Methoden der politischen Bildung nicht (mehr) erreicht werden können. Dementsprechend hoch sind die Erwartungen an das Medium. Jedoch sollten aufgrund der Diversität der mit der Plattform verbundenen Herausforderungen eben nicht nur die Inhalte, ihre Präsentation und ihre Wirkung, sondern v. a. auch eine Vielzahl an technischen und sozialen Fragen Berücksichtigung in

pädagogischen Settings finden. So heißt es etwa bei Burgess und Green (2009, S. 72): „Being ‘literate’ in the context of YouTube, then, means not only being able to create and consume video content, but also navigating YouTube as a set of technologies and as a social network.“ Eine pädagogische Begleitung von online bereitgestellten Inhalten kann sich positiv auf die Rezeption und Wirksamkeit dieser auswirken und die potenziell negativen Einflüsse der oben skizzierten Herausforderungen verringern. Sowohl eine sinnvolle und kritische Evaluation, die bereits im Zuge der Konzeption von Angeboten geplant wird, als auch eine offene und kritische Haltung den eigenen Erzeugnissen gegenüber kann dazu beitragen, aus möglichen Fehlern zu lernen und die eigenen Angebote zu verbessern. ■

Dieser Text ist eine Leihgabe der Bundeszentrale für politische Bildung. Mehr zum Thema finden Sie im Themen-Dossier Themen-Dossiers <https://www.bpb.de/lernen/bewegt-bild-und-politische-bildung/themen-und-hintergruende/youtube-lernmedium/505432/ueberblick-und-learning>

Die NATO und der Krieg in der Ukraine

Ein Beitrag von Anna Clara Arndt
Fotos: Shutterstock

Die russische Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 erschütterte die europäische Sicherheitsordnung. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf europäischem Boden machte deutlich, dass zwischenstaatliche konventionelle Konflikte Europa auch im 21. Jahrhundert beschäftigen. Damit erhielt die Gründungsaufgabe der NATO, die kollektive Verteidigung der Verbündeten, eine neue Dringlichkeit.

Im Februar 2022 befand sich die Allianz bereits mitten in einem Prozess der militärischen und politischen Anpassung an ein unsichereres und komplexeres Sicherheitsumfeld. Die russische Annexion der Krim 2014 hatte zu einer militärischen Rückbesinnung auf die Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung geführt. In diesem Zusammenhang wurden beispielsweise erstmals rotierende multinationale NATO-Gefechtsverbände, sogenannte Battlegroups, zur Rückversicherung der Staaten an der Ostflanke des Bündnisses stationiert. 2021 zog der NATO-Gipfel in Brüssel eine entsprechende politische Anpassung nach. So stießen die Bündnisstaaten die Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts an, das als politisches Rahmen-dokument Leitlinien für die langfristige Anpassung der Allianz in der kommenden Dekade festlegen sollte. Bereits 2021 sahen die Gipfelbeschlüsse eine gestärkte Rolle der NATO „als Organisationsrahmen für die kollektive Verteidigung des euro-atlantischen Raums“ vor. Allerdings beschlossen die Verbündeten auch, sich besser für neue Sicherheitsherausforderungen, etwa die Auswirkungen des Klimawandels und neue Technologien, aufzustellen. Die russische Invasion vom 24. Februar bestätigte und beschleunigte die 2014 begonnene Rückbesinnung der NATO auf ihre Gründungsaufgabe der kollektiven Verteidigung. Das zeigt sowohl die Reaktion des Bündnisses auf den Krieg als auch seine Auswirkungen auf die laufende Anpassung der Allianz.

Sofort jeden Zentimeter NATO-Gebiet schützen

Die unmittelbare Reaktion der NATO auf den russischen Angriffskrieg zielte darauf ab, den Schutz der Verbündeten durch eine Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungskapazitäten, vor allem an der Ostflanke des Bündnisses, sicherzustellen. Auf politischer Ebene forderten die baltischen Staaten und Polen noch am Tag der Invasion Beratungen nach Artikel 4 des Nordatlantikvertrags. Im Rahmen solcher Konsultationen können die Verbündeten über ein mögliches gemeinsames Vorgehen beraten, wenn „die Unversehrtheit des Gebiets, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht ist“ (Artikel 4, Nordatlantikvertrag). Am Tag nach der Invasion kamen die NATO-Staats- und Regierungschefs dann virtuell zu einem außerordentlichen Gipfeltreffen zusammen und legten ihre grundlegenden Positionen mit Blick auf den Krieg dar. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten sie die russische Invasion „auf das Schärfste“, forderten Russland dazu auf, seinen militärischen Angriff „sofort einzustellen“, und betonten, dass das Bündnis „alle erforderlichen Maßnahmen und Entscheidungen treffen [werde], um die Sicherheit und Verteidigung aller Verbündeten sicherzustellen“. Artikel 5 des Nordatlantikvertrags – die NATO-Beistandsklausel für den Fall eines bewaffneten Angriffs – sei eine „eiserne“ Verpflichtung. Drei weitere außerordentliche Treffen, jeweils auf Verteidigungsminister-, Außenminister- und schließlich Ende März noch einmal auf Staats- und Regierungsebene, bestätigten diese Linie. Die Verbündeten ergriffen zudem eine Reihe konkreter militärischer Maßnahmen zur sofortigen Stärkung des Schutzes der NATO-Ostflanke. Am 24. Februar aktivierte die Allianz erstmals ihre Verteidigungsplanung für Osteuropa und verlegte Teile ihrer schnellen Eingreiftruppe, der NATO Response Force (NRF), ins östliche Bündnisgebiet. Die Truppenpräsenz der bestehenden



NEW YORK, NY - 22. JANUAR 2022: Hunderte von Menschen, die Zeichen und Flaggen hielten, nahmen an einer „Stand-with-Ukraine“-Kundgebung auf dem Union-Platz teil, inmitten der Bedrohung durch eine russische Invasion der Ukraine.

„Vor dem Hintergrund des Kriegs kehrte die NATO zur Gründungsaufgabe, der kollektiven Verteidigung, zurück.“

Battlegroups in Estland, Lettland, Litauen und Polen wurde gestärkt und am 24. März kündigten die Bündnispartner den Aufbau vier zusätzlicher Battlegroups in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn an. Nach NATO-Angaben befanden sich infolge dieser Maßnahmen bereits im März insgesamt 40.000 Truppen unter direktem NATO-Kommando an der Ostflanke des Bündnisses. Hinzu kamen bilaterale Beiträge einzelner Verbündeter, insbesondere der USA, die ihre Truppen in Europa im März auf mehr als 100.000 Soldatinnen und Soldaten aufstockten.

Eine langfristige Rückbesinnung auf kollektive Verteidigung

Vor dem Hintergrund des Kriegs kehrte die NATO auch in ihrer langfristigen militärischen und politischen Anpassung ausdrücklich zur Gründungsaufgabe, der kollektiven Verteidigung, zurück. Dies zeigt sich deutlich im neuen strategischen Konzept, das Ende Juni bei einem Gipfeltreffen in Madrid beschlossen wurde. Obgleich die Entwicklung des Dokuments bereits Monate vor der russischen Invasion begonnen hatte, steht das Konzept, das die Ausrichtung der Allianz in der kommenden Dekade bestimmen wird, doch deutlich im Zeichen Moskaus Invasion. Der russische Angriffskrieg habe „den Frieden zunichtegemacht und unser Sicherheitsumfeld schwerwiegend verändert“, konstatiert das Dokument bereits auf der ersten Seite. Ein Angriff auf das Bündnisgebiet könne „nicht ausgeschlossen“ werden. Russland, das im vorherigen strategischen Konzept aus dem Jahr 2010 noch als Partner beschrieben worden war, sei nun die „signifikanteste und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum“. Vor dem Hintergrund dieser Analyse stellt das Konzept die „kollektive Verteidigung gegen jede Bedrohung aus jeder Richtung“ als „zentrale Aufgabe und wichtigste Funktion“ über die drei Kernaufgaben des NATO: Abschreckung und Verteidigung, Krisenprävention und -management und kooperative Sicherheit, also die Zusammenarbeit mit Partnern. Dies stellt eine klare Abkehr

vom vorherigen strategischen Konzept dar, das kollektive Verteidigung noch als gleichwertige Aufgabe neben Krisenmanagement und kooperativer Sicherheit verstand.

Der russische Angriffskrieg ist sicherlich nicht der alleinige Grund für die Rückbesinnung des strategischen Konzepts auf kollektive Verteidigung. Bereits seit der Annexion der Krim 2014 zeichnete sich ein solcher Trend ab. Im Kontext der Brüsseler Gipfelbeschlüsse 2021 schien allerdings eine stärkere Fokussierung auf neue Themen, etwa die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels, hybride Bedrohungen oder auch globale, insbesondere von China ausgehende, Herausforderungen, zumindest möglich. Einige Expertinnen und Experten forderten beispielsweise die Schaffung einer neuen NATO-Kernaufgabe zur Verbesserung der Resilienz der Verbündeten gegen hybride Bedrohungen. Zwar fanden diese Risiken ihren Weg in das neue strategische Konzept, eine umfassende Neuausrichtung wurde aber nicht vollzogen. Stattdessen integriert das Dokument neuere Herausforderungen, einschließlich der Forderung nach gestärkter Resilienz, in die bestehenden Kernaufgaben der Allianz unter dem Dach der übergeordneten Funktion der kollektiven Verteidigung.

Der Autor



Foto: Anna Clara Arndt

Anna Clara Arndt ist Forschungsassistentin im Projekt „Strategic Threat Analysis and Nuclear (Dis-)Order (STAND)“ der Stiftung Wissenschaft und Politik. Zuvor war sie in der Policy Planning Unit des NATO-Generalsekretärs tätig.



Vilnius, Litauen: Die Truppenpräsenz der bestehenden Battlegroups in Estland, Lettland, Litauen und Polen wurde gestärkt und am 24. März 2022 kündigten die Bündnispartner den Aufbau vier zusätzlicher Battlegroups in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn an.

Die Rückbesinnung auf kollektive Verteidigung zeigte sich auch in den weiteren Beschlüssen des Madrider Gipfels zur langfristigen Anpassung der Allianz. Bereits Ende März hatte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit Blick auf die russische Invasion ein nachhaltiges „Reset“ der Abschreckung und Verteidigung im Rahmen des Bündnisses angekündigt. In Madrid schlug sich dies nun in weitreichenden Entscheidungen zur Verstärkung und Ausweitung der verstärkten NATO-Truppenpräsenz in Osteuropa als Antwort auf den russischen Angriffskrieg nieder. Demnach soll die schnelle NATO-Eingreiftruppe NRF bis ins Jahr 2023 durch ein neues NATO-Streitkräftemodell ersetzt werden. Hielten die Verbündeten im Rahmen der NRF noch 40.000 Soldatinnen und Soldaten für einen Einsatz innerhalb von 15 Tagen bereit, so sollen dann bereits innerhalb von 10 Tagen 100.000 und innerhalb von 30 Tagen weitere 200.000 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden können. Die Battlegroups im östlichen Bündnisgebiet sollen zudem dauerhaft von Bataillons- auf Brigadestärke anwachsen und durch mehr vorausstationiertes Material gestützt werden. Zudem erhielten in Madrid Schweden und Finnland offizielle NATO-Beitrittseinladungen. Der wahrscheinliche

Beitritt dieser beiden Länder, die als direkte Folge des russischen Angriffs Gesuche in dieser Hinsicht gestellt hatten, wird die NATO-Ostflanke weiter langfristig stärken.

Risiken und Chancen

Der Krieg in der Ukraine stellt die NATO vor eine Reihe von Herausforderungen. In ihrer Reaktion auf die russische Invasion muss die Allianz eine Balance zwischen konkurrierenden Zielen und Risikowahrnehmungen finden. Einerseits möchte das Bündnis nach Möglichkeit die Ukraine, ein langjähriges NATO-Partnerland, unterstützen und Russland rote Linien aufzeigen. Andererseits könnte eine mögliche Ausweitung des Konflikts letztlich die Sicherheit der Verbündeten gefährden. Hinzu kommt, dass die Alliierten unterschiedliche Auffassungen darüber haben, welche Risiken für die Verteidigung der Ukraine eingegangen



Helsinki, Finnland: Demonstration gegen den Krieg in der Ukraine

„Beim Madrider Gipfel verpflichteten sich die Verbündeten, bis 2024 mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung zu investieren.“

werden können und müssen. Vor diesem Hintergrund erklärten NATO-Vertreterinnen und Vertreter seit Beginn des Kriegs immer wieder, dass es zu keiner direkten Konfrontation des Bündnisses mit Russland kommen dürfe, da dies noch mehr Leid und Zerstörung anrichten würde. Demensprechend lehnte die Allianz eine direkte militärische Intervention aufseiten der Ukraine, beispielsweise in Form der wiederholt von Kyiv geforderten Einrichtung einer Flugverbotszone, ab. Ein polnischer Vorschlag, eine NATO-Friedenssicherungsmission in die Ukraine zu entsenden, fiel auf ebenso unfruchtbaren Boden.

Zugleich hieß das Bündnis jedoch bilaterale Lieferungen von militärischem Gerät durch Verbündete an die Ukraine explizit willkommen und war an der Koordinierung solcher Transfers beteiligt. Bereits seit 2016 trug die NATO außerdem im Rahmen eines umfassenden Unterstützungspakets, dem Comprehensive Assistance Package (CAP), zur Entwicklung von ukrainischen Fähigkeiten, insbesondere im Cyber-, Logistik- und hybriden Bereich, bei. Beim Madrider Gipfel im Juni 2022 erweiterte die Allianz dieses Pakets laut Stoltenberg um „sichere Kommunikationsmittel, Treibstoff, medizinische Versorgung und Körperschutz“ sowie „Ausrüstung zur Bekämpfung von Minen und chemischen und biologischen Bedrohungen“ und tragbare Drohnenabwehrsysteme. Längerfristig erklärten sich die Verbündeten, zudem bereit, Kyiv „bei der Umstellung von Ausrüstung aus der Sowjet-Ära auf moderne NATO-Ausrüstung [zu] unterstützen“, so der Generalsekretär. Solange der Krieg andauert, wird das Bündnis immer wieder abwägen müssen, wie viel Unterstützung es für die Ukraine riskieren kann, will oder sogar muss, um Moskau rote Linien aufzuzeigen.

Rückkehr zur zentralen Aufgabe

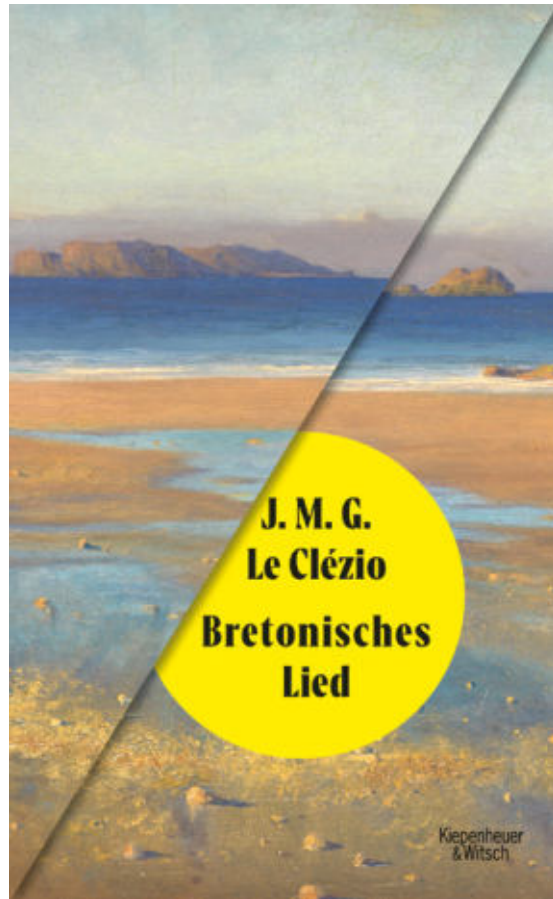
Eine weitere Herausforderung stellt die Umsetzung der ambitionierten Ziele im Rahmen der langfristigen Anpassung des Bündnisses dar. Die Rückkehr zur kollektiven Verteidigung als zentrale NATO-Aufgabe erfordert nachhaltige Investitionen in entsprechende Fähigkeiten. Das gilt insbesondere mit Blick auf das ambitionierte neue Streitkräftenmodell, dessen genaue Ausgestaltung noch herausgearbeitet werden muss. Beim Madrider Gipfel verpflichteten sich die Verbündeten bis 2024 mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung zu investieren. Dennoch stellt sich die Frage, wie langzeitig die Bereitschaft sein wird, gemeinsam mehr in Abschreckung und Verteidigung

zu investieren. Vor allem in Europa könnten die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs zu zunehmender Kriegsfatigue und innenpolitischer Ressourcenkonkurrenz führen. Auf US-amerikanischer Seite stellt sich zudem die Frage, wie viel die jetzige und zukünftige US-Regierungen in die Verteidigung Europas investieren wollen und können, zumal sich ihr sicherheitspolitischer Fokus zunehmend in den Indo-Pazifik verlagern wird. Auch nach Februar 2022 beschrieb die Biden-Administration beispielsweise in ihrer Nationalen Verteidigungsstrategie China nach wie vor als die größte Bedrohung für die Sicherheit der USA.

Nicht zuletzt darf die NATO trotz ihrer Rückbesinnung auf kollektive Verteidigung andere Herausforderungen nicht vernachlässigen. Das aktuelle und zukünftige Sicherheitsumfeld ist von alten wie neuen Sicherheitsrisiken geprägt. Die Auswirkungen des Klimawandels, hybride Bedrohungen, neue Technologien, Terrorismus und die globale Selbstbehauptung Chinas sind nur eine Auswahl von Risiken, die zur Komplexität des Sicherheitsumfelds beitragen. Das neue strategische Konzept versucht hier einen Balanceakt. Trotz der Rückbesinnung auf kollektive Verteidigung und die von Russland ausgehende Bedrohung nennt es zum ersten Mal auch China eine „Herausforderung“ für das Bündnis. Zudem erklärt das Dokument, dass auch hybride Cyber- und Weltraumoperationen den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags auslösen könnten. Die langfristige Aufgabe für die Allianz wird darin bestehen, eine Rückbesinnung auf klassische kollektive Verteidigung im Kontext dieser neuen Bedrohungen zu vollziehen.

Fazit

Der Krieg in der Ukraine stellt die NATO vor eine Reihe von Herausforderungen. Gleichzeitig hat die russische Invasion den Sinn und die Notwendigkeit des Bündnisses bestätigt. Sprach der französische Präsident Emmanuel Macron 2019 noch von einer „hirtoten“ Allianz, möchten nun mit Schweden und Finnland zwei Länder ihre langjährige Politik der Neutralität aufgeben, um sich in den Schutz der NATO zu stellen. Auch den bestehenden Bündnispartnern führte der Krieg die Notwendigkeit von Investitionen in Abschreckung und Verteidigung deutlich vor Augen. Nachdem Deutschland seit Jahren weniger als die von der NATO geforderten zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung investierte, kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg eine „Zeitenwende“ in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einschließlich einer signifikanten Erhöhung des Verteidigungsausgaben, an. Diese neugefundene Einigkeit und das gestärkte Selbstverständnis der Allianz werden beim weiteren Manövrieren der Risiken des Kriegs sowie bei der Umsetzung der ambitionierten Ziele des Bündnisses in einer komplexen Welt essenziell sein. ■



Bretonisches Lied

Erinnerung an eine Kindheit zwischen Meer und Krieg

Der französische Nobelpreisträger Jean-Marie Gustave Le Clézio erinnert sich in „Bretonisches Lied“ an seine Kinder- und Jugendzeit im besetzten Süden Frankreichs. Zwei eindrückliche autobiografische Erzählungen aus einem anderen Jahrhundert, die in Frankreich die Bestsellerlisten gestürmt haben.

Von 1948 bis 1954 hat er hier mit seiner Familie die Sommerferien verbracht. In einem von berückender Schönheit, aber auch von großer Armut geprägten Landstrich. In poetischen Bildern beschreibt Le Clézio diesen Kindheitsort, die Feste, die Natur, die Sprache, aber auch die Veränderungen, denen die Bretagne immer wieder unterworfen und deren Zeuge er zum Teil war. Er erzählt von der Zeit zwischen 1940 und 1945, die er als kleines Kind erst in Nizza und später, als die Deutschen auch den Süden Frankreichs besetzt hatten, in einem Versteck im Hinterland erlebte. Hier vermischen sich die Eindrücke: Erlebtes, Geträumtes, Erzähltes. Alles wird miteinander verwoben zu einem berührenden, eindringlichen Porträt einer Kriegskindheit, deren Essenz leider auch heute noch gültig ist.

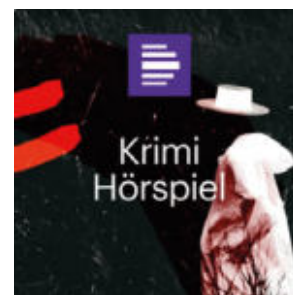
Bretonisches Lied, Kiwi-Verlag, 22 EURO



50 Sätze, die das Leben leichter machen
Ein Kompass für mehr innere Souveränität

Es ist schon abenteuerlich, was wir zwischen Guten Morgen und Gute Nacht rhetorisch alles erleben: Schlichte Sätze werden zu Annahmen, Vorwürfen, Unterstellungen uminterpretiert – im Eifer des Gefechts fallen uns die wirklich souveränen und schlagfertigen Sätze natürlich nicht ein. Karin Kuschik hat in über zwanzig Jahren als Selbstführungscoach erlebt, wie wir uns durch fehlende Klarheit, Abgrenzung und Wertschätzung Drama kreieren, und sie hat effektive Lösungen parat, die uns das Leben leichter machen. Keine komplizierten Tools, sondern griffige Formulierungen, die wir leicht erinnern. Mit viel Herz und Scharfsinn erzählt sie in diesem Buch Geschichten aus dem wahren Leben, berichtet von Sätzen, die goldwert waren, und eröffnet die wundervolle Welt der wirksamen Worte. Fast nebenbei kommen wir mit jedem Satz diesem wunderbar gelassenen Ort in uns näher, von dem aus alles ganz selbstverständlich möglich scheint: innere Souveränität.

Rowohlt Verlag, 15 EURO



Kriminalhörspiel
Deutschlandfunk Kultur
Podcast

Die ganze Welt des Krimis: Von Agatha Christie bis Donna Leon, von Kommissar Sörensen bis Professor van Dusen. Spannende Originalhörspiele, internationale Bestseller, literarische Thriller, Komödien und Klassiker aus den Archiven. Krimi-Hörspiele von Deutschlandfunk Kultur.

<https://www.hoerspielundfeature.de>

Kirsten Boie erhält den Katholischen Kinder- und Jugendbuchpreis

Dank Ritter Trenk, Skogland oder der Möwenweg-Reihe hat Kirsten Boie viele Fans. Auch düstere Themen packt sie an. Wie im Roman „Dunkelnacht“, für den sie nun den Katholischen Kinder- und Jugendbuchpreis erhält.

Ein Beitrag von Sabine Kleyboldt (KNA)

Manche nennen sie die deutsche Astrid Lindgren. Tatsächlich schätzt Kirsten Boie die heile Welt ihrer berühmten Kollegin, doch auch sie packt schwierige bis schmerzliche Themen an wie in ihrem 2021 veröffentlichten Roman „Dunkelnacht“. Für ihn wurde Kirsten Boie am 2. Juni 2022 in Würzburg mit dem Katholischen Kinder- und Jugendbuchpreis der Deutschen Bischofskonferenz geehrt. Der Roman, der vom Tod von 16 Menschen im bayerischen Penzberg kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs erzählt, greift die Frage nach individueller wie kollektiver Schuld auf. 2020 war die Autorin auf den Fall gestoßen und hatte akribisch vor Ort recherchiert.

„Kirsten Boie flicht die historischen Fakten dieses Endphasenverbrechens minutiös in ihre Erzählung ein und fikionalisiert die Ereignisse mithilfe von drei jugendlichen Figuren“, heißt es in der Jurybegründung der Bischofskonferenz. Ohne zu moralisieren zeige Boie ethische Haltungen auf und ermögliche im Erzählen Widerstand und Selbstermächtigung – feinfühlig formuliert für eine Generation, die kaum mehr authentischen Zugang zu den Ereignissen bekomme, so die Bischöfe.

Soziale Verantwortung und Nächstenliebe

Gerade jetzt soll damit ein Text ausgezeichnet werden, in dem und durch den soziale Verantwortung und Nächstenliebe auf besondere Weise eingefordert werden. Soziale Verantwortung und Nächstenliebe sind Werte, die Boie in ihren weit über 100 Büchern immer wieder zum Ausdruck bringt – auch bedingt durch eigenes Erleben. Zum Schreiben kam Boie eigentlich durch das Jugendamt: Nachdem sie mit ihrem Mann 1983 einen Sohn adoptierte, durfte sie auf Geheiß der Behörde nicht mehr arbeiten. Also beschloss die Lehrerin stattdessen zu schreiben. Ihr Debütroman „Paule“ ist ein Glücksgriff – nicht ganz zufällig die Geschichte eines schwarzen Adoptivkindes –, begeisterte 1985 Publikum und Kritik und schaffte es auf die Auswahlliste zum Deutschen Jugendliteraturpreis. Im gleichen Jahr gesellte sich bei Familie Boie zum Sohn eine Adoptivtochter. Der Autorin gelangen weitere literarische Erfolge. Es folgten Bücher wie „Der kleine Ritter Trenk“, „Seeräuber Moses“,

„Skogland“, „Lena“, „Sommerby“ und vor allem „Die Möwenweg-Bände“. Boies Erfolg machen nicht nur ihr lebendiger Stil und die originellen Plots aus unterschiedlichen Kulturen und Epochen aus. Auch ernste Themen scheut die Autorin nicht. Etwa Rassismus („Schwarze Lügen“), Flucht („Bestimmt wird alles gut“), Aids-Waisen („Es gibt Dinge, die kann man nicht erzählen“) sowie die Aufarbeitung der NS-Zeit („Ringel, Rangel, Rosen und Dunkelnacht“). 2009 schrieb sie auf Anregung des Hamburger Straßenmagazins „Hinz&Kunzt“ das Buch „Ein mittelschönes Leben“. Es ist die Geschichte eines Mannes, der durch Schicksalsschläge Arbeit, Familie und sein Dach über dem Kopf verliert. „Ich wollte deutlich machen, das kann fast jedem passieren“, sagte Boie der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

Respekt zollt sie auch ihren jungen Lesern, indem sie sie ernst nimmt und ihnen mitunter einiges zumutet. „Alles, was es im Leben gibt, darf es auch in der Kinderliteratur geben“, sagte Boie der KNA. Wenn Kinder irgendwann mit Krisen konfrontiert sind, dann halte ich es für wichtig, dass es Texte gibt, die ihnen davon erzählen und ihnen helfen, sich damit auseinanderzusetzen.

Ihre besondere Liebe gehört Afrika. Mit ihrem Detektivroman „Thabo“ etwa wollte die Hamburgerin das Image des Kontinents korrigieren – weg von Elend und Trostlosigkeit. Boie unterstützt mit ihrer gemeinsam mit ihrem Mann gegründeten „Möwenweg“-Stiftung ein Aids-Waisenprojekt in Swasiland. Für ihre literarischen und sozialen Verdienste wurde sie mit dem „Großen Preis“ der „Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur“ für ihr Lebenswerk, dem Bundesverdienstorden und dem „Sonderpreis des Deutschen Jugendliteraturpreises“ für ihr Gesamtwerk geehrt. ■



Kirsten Boie
Dunkelnacht

„Weil in diesen Zeiten irgendwer das Richtige tun muss, einfach, weil es richtig ist.“

Altersempfehlung: ab 15 Jahren
ISBN: 978-3-7512-0053-0
Seiten: 112
Verlag: Oetinger
Preis: 13 EURO

Vor 25 Jahren erschien der erste „Harry Potter“-Band

Zaubergeschichten bleiben allgegenwärtig – auch wenn die Autorin in Kritik fällt

Von Paula Konersmann (KNA)

Bonn (KNA) Michael Jackson oder „Harry Potter“ sind zwei sehr unterschiedliche Kulturphänomene. Beide verbindet, dass sie zeitweilig so überlebensgroß erschienen, dass ein Nachlassen ihrer Beliebtheit, gar ein Absturz jenseits des Vorstellbaren lag. So drastisch wie die öffentliche Wahrnehmung des Musikers, gegen die Missbrauchsvorwürfe auch posthum anhielten, hat sich die Bewertung der Jugendbuchreihe nicht verschoben.

Dennoch steht die Autorin Joanne K. Rowling seit zwei Jahren massiv in der öffentlichen Kritik. Lange wurde sie gefeiert als einst arbeitslose Alleinerziehende, die den Jungen mit der gezackten Narbe, der nicht wusste, dass er ein Zauberer war, für ihre kleine Tochter erfand. Jener Junge machte sie zu einer der reichsten Frauen von Großbritannien und löste auf dem weltweiten Markt der Kinderbuchliteratur eine Revolution aus. Wiederholt äußerte Rowling sich zu gesellschaftspolitischen Themen: für die Aufnahme von Flüchtlingen, gegen Rassismus, gegen die Unabhängigkeit Schottlands. Für Kritik sorgten allerdings „Tweets“ und mediale Stellungnahmen, die viele Menschen als feindselig gegenüber Transpersonen empfanden. Auch ihrem Roman „Böses Blut“ (2020) wurde vielfach vorgeworfen, üble Klischees über diese Minderheit zu bedienen.

Harry Potter kritisch hinterfragen?

Sowohl zwei Quidditch-Ligen – die erfundene Sportart wird in 30 Ländern tatsächlich ausgeübt – als auch die Hauptdarsteller*innen der „Harry Potter“-Verfilmungen distanzieren sich von Rowlings Äußerungen. Die drei Schauspieler stehen weiterhin in der Öffentlichkeit, allen voran Emma Watson, die sich auch als Frauenrechtlerin einen Namen gemacht hat. Watsons Ansprache vor dem Weltwirtschaftsforum, wo sie 2015 über die Ungleichbehandlung der Geschlechter sprach, sorgte weltweit für Aufsehen.

Vereinzelt wurden nun auch Forderungen an Rowlings Leserschaft laut, die geliebten Werke kritisch zu hinterfragen. Andere verweisen auf die Entwicklung der Romane von der heiteren Kindergeschichte zu einer düsteren Parabel, die eine klar antifaschistische Botschaft enthalte. Aktuelle Ereignisse wie der Amoklauf von Columbine 1999 oder die Terroranschläge vom 11. September 2001 fanden darin ihren Wider-

hall. Wissenschaftler wollen inzwischen sogar nachgewiesen haben, dass Leserinnen und Leser der Romanreihe weniger voreingenommen gegenüber Minderheiten seien.

Zugleich verbinden Eltern, Pädagogen und Verlagsleute mit „Harry Potter“ bis heute die Hoffnung, Kinder – vor allem Jungen – wieder für das Lesen zu begeistern. Rowling erklärte dazu einmal im „kultur Spiegel“, dies belege ihre Überzeugung, „dass Lesen eine einzigartige Erfahrung ist. Ein Buch kann unvergleichliche Welten und Erlebnisse erzeugen. Film und Computer können das nicht leisten.“

Zunächst ließ der Erfolg allerdings auf sich warten: Rowlings Literaturagent kassierte zwölf Absagen. Dann bot Bloomsbury 1.500 Pfund Vorauszahlung für „Harry Potter und der Stein der Weisen“ und druckte zunächst eine Kleinauflage von 500 Stück, die am 26. Juni 1997 veröffentlicht wurde.

Als im Folgejahr der zweite Band erschien, war die Nachfrage bereits hoch. Ein Jahr später erhielt die Autorin Tausende Briefe pro Woche. Der „Potter-Effekt“ betraf nicht mehr nur sie selbst. „Harry Potter“ sei für Kinderbücher gewesen wie die „Beatles“ für die Popmusik, sagte die schottische Jugendbuchautorin Julie Bertagna einmal.

Rowling wirkte auch als Produzentin der – ebenfalls äußerst erfolgreichen – Verfilmungen ihrer Buchreihen, verfasste daneben Krimis und weitere Kinderbücher. Die „Harry Potter“-Bände wurden bislang in 80 Sprachen übersetzt, bis 2018 sollen weltweit über 500 Millionen Exemplare verkauft worden sein. Das Theaterstück „Harry Potter und das verwunschene Kind“ läuft erfolgreich in Hamburg, London und weiteren Städten. Es gibt „Harry Potter“-Lego, -Videospiele und einen Themenpark in Florida.

Zuletzt kamen immer wieder Gerüchte um neue Film-Ableger oder eine weitere Spin-Off-Serie auf, noch während der dritte Teil der „Phantastischen Tierwesen“ in den deutschen Kinos läuft. Mögen viele Rowling auch auf Abwegen sehen – der Zauber ihrer erfundenen Welt scheint vorerst nicht gebannt. ■

Titelthema der kommenden Ausgabe

AUSBlick



Nach einem bewegten 2022 voller Herausforderungen und Chancen, die es zu nutzen galt, wagen wir in der nächsten Ausgabe einen Ausblick auf das Kommende.

HEFT 313 erscheint im Dezember.